

Sozialistische Arbeiterzeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

Zölle auf Margarine

Der Aushungerungsfeldzug wird fortgesetzt

Goerdelers Fiasko

Ein paar Wochen erst ist es her: da trat der Vorsitzende der SPD, Otto Wels, stolz vor seine Gläubigen, in der Hand einen Brief, den Herr Brüning höchstselbst an ihn gerichtet hatte. Unter allen Umständen, so ließ es in dem Schreiben, würden die wichtigsten Lebensmittel verbilligt, die Preise den gesunkenen Löhnen angepaßt werden.

Inzwischen ist manches geschehen, nur eins nicht: die Preise sind nicht gesunken.

Herr Goerdeler hat mit seiner Preis- senkungsaktion auf der ganzen Linie Scheitern erlitten.

Die wichtigsten Lebensmittel sind unter seiner Führung noch teurer geworden. Herr Schiele erhöhte den Butterzoll, und sofort stieg der Butterpreis. Die Mehlpriese sind gestiegen, obwohl die Regierung selbst vor einigen Tagen erst erklärt hat, daß für das laufende Erntejahr ausreichende Mengen von Brotgetreide für die Verpflegung der Bevölkerung zur Verfügung ständen. Die Bäcker erklären eine

Brotpreiserhöhung für unabwendbar und denken gar nicht daran, die Kleinhandels- spanne herabzusetzen.

Der Fluch von Schieles Tat mußte weiter Böses im Gefolge haben. Schon ist es da! Die Margarineproduktion hat aus den Erfahrungen der letzten Jahre gelernt. Sinkendem Butterverbrauch stand schon bis jetzt steigender Margarinekonsum gegenüber. Die Butterpreiserhöhung ist das gefundene Fressen für die Interessenten der Margarine- produktion. Jetzt können sie Sonderprofite machen. Die teureren Marken sind ohnehin preisgebunden und kartelliert, sie haben erst kürzlich die Preise erhöht. Aber die billigeren machten — das buchte der „Vorwärts“ als besonderen „Erfolg“ — die Aufwärtsbewegung nicht mit.

Jetzt wird eine Zollerhöhung auf Pflanzenöle und sonstige Margarine- rohstoffe verlangt!

Und das, obwohl im letzten Jahr die Einfuhr an diesen Rohstoffen um 10 Prozent zurück- gegangen ist! Trotz der relativen Zunahme des Margarinekonsums gegenüber der Butter ein absoluter Rückgang. Deutlicher läßt sich die Verelendung der breiten Massen kaum kennzeichnen als durch diese Tatsache: nicht einmal mehr Margarine kann das deutsche Proletariat sich leisten!

Das ist für die Interessenten und die Regie- rung Grund genug, zu neuen Zoll- und Preis- erhöhungen zu schreiten.

Aber damit nicht genug. Auch die Vieh- und Fleischzölle

sollen erhöht werden. Die letzte Notver- ordnung gibt die Handhabe dazu. Die neuen Zölle erhalten jetzt den schöneren Namen

„Valutaschläge“, aber sonst wird sich nichts ändern. Ihre Wirkung bleibt die gleiche:

eine Erhöhung der Fleischpreise.

Auch hierfür liegen keinerlei wirtschaftspoli- tische Gründe vor. Der Einfuhrüberschuß an Rindvieh, Fleisch, Speck und Wurst ist im letzten Jahr erheblich zurückgegangen, der Ausfuhrüberschuß an Schweinen ist um 50 Prozent gestiegen.

Die Regierung läßt nicht ab von ihrer Hungerpolitik, und was tut Herr Goerde-

ler? Was tut die Sozialdemokratie, die Vertreterin der arbeitenden Massen? Steckt Herr Brünings Brief an Wels als Zierde hinter den schönsten Spiegel der Prachträume in der Lindenstraße?

Und was tut — das bleibt die entschei- dende Frage — die deutsche Arbeiterklasse? Sie muß endlich den Hungerpolitikern und ihren Helfern entschlossenen Wider- stand leisten, sich in geschlossener Front formieren — gegen die Hunger- blockade!

Die Scharlatane der Eisernen Front

Wohin führen sie die Arbeiter, die ihnen vertrauen?

Berlin, 26. Januar.

Die sogenannte „Eiserne Front“, gestützt auf sozialdemokratische und bürgerliche Orga- nisationen, hat einen Aufruf erlassen, der zu Versammlungen am 21. Februar auffordert und dessen wichtigste Stellen wir im folgen- den wiedergeben:

„Vorbei sind die Monate der bloßen Ver- teidigung und Abwehr! Das Deutschland der Republik und Demokratie steht auf für Volks- rechte gegen Diktatur. Die Existenz dieser durch eine wahre Volkserhebung aufgerichte- ten Eisernen Front muß jeden Gedanken auf Raub politischer, gewerkschaftlicher und kul- tureller Freiheiten ersticken. Die Eiserne Front ist keine Parteisache und will nicht eine Partei sein. Ihr Dienst gilt der bedrohten Freiheit des deutschen Volkes, der Erfüllung der Verheißungen in der Verfassung von Wei- mar. Bis in die Fundamente hat eine unerhörte Krise die deutsche Wirtschaft erschüt- tert. Diese Zeit der Not wird seit Jahr und Tag verlängert und verschärft von herrsch- süchtigen Egoisten, die für die Massen des Volkes zu Arbeitslosigkeit, zu Lohn- und Gehaltsabbau auch noch den Raub der Rechte eines freien Staatsbürgers füllen wollen. Mit Millionen, die von Lohn und Gehalt abgezogen wurden, sind Bürgerkriegsarmeen aufgestellt und ausgerüstet worden; werden ganze Schwärme von Schwadronen durch Stadt und Land geschickt; wird Propaganda bezahlt, die als „Retter“ die Verderber Deutschlands anpreist. Es gilt, der Zerstörung von Deutsch- lands letzter Wirtschaftskraft Einhalt zu tun; jetzt heißt es, die gewaltigen Energien, die allein die Demokratie zu entfesseln vermag, für die wirtschaftliche Gesundung Deutsch- lands einzusetzen. Voraussetzung dafür ist der Sieg der politischen Vernunft über die Propheten des Chaos. Eiserne Front wider alle Feinde der demokratischen Republik! Eiserne Front für Volksrechte gegen Dik- tatur!“

Dieser Aufruf, so stark er in seinen Worten erscheint, enthüllt, wenn man ihn aufmerksam liest, die ganze politische Hilflosigkeit der sozialdemokratischen Politik. Weil sie — um des „kleineren Übels“ willen — Brüning und seine Politik nicht bekämpfen wollen, müssen ihre Deklamationen schließlich in ihrer Hil- flosigkeit komisch wirken.

„Das Deutschland der Republik und Demo- kratie steht auf für Volksrechte gegen Dik- tatur“? Dann müßte es zuerst sich erheben gegen die Regierung Brüning, die die Volks-

rechte in rücksichtsloser Weise abgebaut hat. Rücksichtslos und endgültig, wie Treviranus dieser Tage mit begrüßenswerter Offenheit festgestellt hat.

„Die Eiserne Front muß jeden Gedanken auf Raub politischer, gewerkschaftlicher und kultureller Freiheiten ersticken“? Brüning hat der Arbeiterklasse die Rechte der Demon- strations- und Versammlungsfreiheit genom- men; Brüning hat den Gewerkschaften das Tarifrecht genommen; Brüning hat die allge- meine Kulturreaktion in Deutschland ent- fesselt. Aber gegen Brüning kämpft die Eiserne Front nicht!

Erfüllung der Verheißungen von Weimar? Das kann man aussprechen, ohne eine Regie- rung zu bekämpfen, die von der ganzen Wei- marer Verfassung nur den Artikel 48 übrig ließ?

Hitler „will“ zu Lohn- und Gehaltsabbau auch noch den Raub der Rechte eines freien Staatsbürgers fügen. Brüning vollzieht den Lohn- und Gehaltsabbau und — hat schon in reichlichem Maße den Raub der Rechte eines freien Staatsbürgers hinzugefügt. Aber gegen Brüning kämpft die Eiserne Front nicht!

Jawohl, aus dem Geld, das man dem Volke raubt, wird Propaganda bezahlt, die als „Retter“ die Verderber Deutschlands anpreist! Es ist die SPD, es sind die Mannen der Eisernen Front, die den Proletariern als „Retter“ anpreisen denselben Brüning, dessen Politik die Arbeiterklasse tiefer und tiefer ins soziale und politische Verderben hineinführt.

Nur die Demokratie vermag die gewaltigen Energien zu entfesseln, durch die die wirt- schaftliche Gesundung Deutschlands herbei- geführt werden kann? Brüning aber hat durch die Vernichtung der Demokratie, deren sich der Minister Treviranus dieser Tage aus- drücklich rühmte, diese Energien gefesselt und so die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Gesundung Deutschlands vernichtet. Weil er und die ganze deutsche Bourgeoisie die wirkliche Herrschaft des Volkes mehr fürchten als den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands.

Front für Volksrechte gegen Demokratie — das ist Front gegen die Brüning-Diktatur. Und diese Front ist die Eiserne Front nicht. Diese Front, die Front gegen Brüning, die allein Hitler wirklich schlagen kann — diese Front muß die Arbeiterklasse selbst schmieden. Die Sozialistische Arbeiterpartei zeigt ihr den Weg zu dieser Front und setzt ihre ganze Kraft ein, diese Front zu schmieden, solange es noch Zeit ist.

Kredit aus der Luft

Wagemanns Geld- und Kreditreform.

Berlin, 26. Januar.

Seit Monaten steht die Lokomotive des Kapitalismus in Deutschland still. Alle Ver- suche, das Räderwerk wieder in Gang zu setzen, sind ungeachtet der großen und opfer- reichen Hilfsdienste der Reichsregierung ge- scheitert. Der neu zugeführte Betriebsstoff hat nicht einmal dazu ausgereicht, die im Fortgang der Entwicklung eingetretenen Ver- luste zu ersetzen, und kommt nicht alsbald eine radikale Wendung, dann ist nicht einzu- sehen, wie auch nur die allernotdürftigste Produktion aufrecht erhalten werden kann.

Mit wachsender Beunruhigung blicken die deutschen Bank- und Industriekapitäne auf diese Entwicklung. „Auftauen“ lautet die immer nachdrücklicher von ihnen erhobene Forderung. Sie meinen damit den Kredit- mechanismus, der seit dem großen Bank- zusammenbruch im Juli vorigen Jahres voll- kommen erstarbt ist. Aber wie die Eiskruste durchstoßen? Darüber gehen die Meinungen auseinander. Die Bankiers richten den Blick vor allem auf ihre unentbehrlich gewordenen Außenstände bei der Industrie. Die Befreiung von dieser Last, so meinen sie, würde ihnen wieder das Vertrauen der Kapitalbesitzer erschließen und somit die Wiederaufnahme ihrer Funktionen als Mittler zwischen Kap- italmarkt und Produktion gestatten. Die Lösung des Problems erblicken sie vor allem in einer Umwandlung ihrer Guthaben in neue Aktien, die sie dann nach und nach auf den Markt bringen könnten. Doch wer kauft heute Aktien? Deren Kurse stehen überall auf erschreckender Tiefe und auch eine vor- ausgegangene Bilanzbereinigung der Betriebe würde deren Reize kaum erhöhen. Niemand weiß, welche Werte die betreffenden Werke darstellen, weil niemand die weitere Entwick- lung voraussehen kann. Nicht der Sachwert der Anlagen ist ja für diese Bewertung ent- scheidend, sondern einzig und allein die kapitalistische Verwertungsmöglichkeit, und deren Aussichten verfinstern sich noch mit jedem Tage. Vor allem aber: zunächst wür- den alle diese neu entstehenden Aktien — wenn auch auf Umwegen — bei der Reichs- bank landen. Sie müßte diese in Pfandleihe nehmen und Bargeld dafür hergeben. Das wieder würde eine derartige Ausweitung der Notengelder oder — was praktisch dasselbe ist — eine derartige Erhöhung des Bestandes an Finanzwechseln bedingen, daß die Stabili- tät der Währung sofort in Frage gestellt wird.

Wagemann, der Direktor des Statisti- schen Reichsamts, hat nun — wie versichert wird, als rein „persönliche“ Arbeit — einen Plan ausgearbeitet, der diese Umwege ver- meidet und den vereinten Kreditmechanismus auf andere Weise aus seiner Erstarrung zu lösen versucht. Bei aller Komplikation, die diesem Wagemannschen Projekt anzuhasten scheint, ist doch auch es verblüffend einfach. Es will der Kreditkrise zu Leibe rücken, in- dem es auf kürzestem Wege das ganze Kreditvolumen um einige Milliarden erhöht. Wie aber dieses Wunder bewerkstelligen, ohne zugleich eine Inflation heraufzubeschwören? Wiederum sehr einfach: einmal werden drei Milliarden des neu zu schöpfenden Kredits vom Reich als eine ewige und unverzinsliche Schuld gegenüber der Reichsbank eingegan- gen, so daß für diesen Betrag der Umlauf- mittel jede Deckung überflüssig wird, und für weitere zwei Milliarden Reichsmark Noten- umlauf soll die Deckung durch gute börsen- gängige Wertpapiere oder gute Handelswech-

Um die Sachsenwahl

Dresden, 26. Januar.

In der Sitzung des Sächsischen Landtages wurde am Dienstag die Vorlage über das Volksbegehren auf Landtagsauflösung sowie ein gleichgerichteter kommunistischer Antrag gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen dem Rechtsausschuß überwiesen.

Nazi-Theater vor Gericht

Goebbels zahlt 500 Mark Ordnungsstrafe — Richter können auch human sein

Berlin, 26. Januar.

Am Dienstag stellte der Anklagevertreter im Helldorf-Prozess den Antrag, Dr. Joseph Goebbels wegen Aussageverweigerung in eine Ordnungsstrafe von 800 Mark zu nehmen.

In der Begründung wird angeführt:

„Bei der Bemessung der Strafe ist zu berücksichtigen, daß es sich bei dem Zeugen um einen im politischen Leben stehenden Mann handelt, von dem man erwarten muß, daß er Belehrungen des Gerichts über die Möglichkeit einer Zeugnisverweigerung versteht und befolgt. Tatsächlich hat der Zeuge trotz Belehrung nicht nur auf seiner unberechtigten Zeugnisverweigerung mit größter Hartnäckigkeit beharrt, sondern die Begründung dieser Verweigerung auch in eine überaus schroffe und verletzte Form gekleidet.“

Wenn schon unsere Justiz nicht umhin kann, solches von einem ihrer zukünftigen Vorgesetzten zu sagen, dann kann man sich ungefähr die Haltung der nationalsozialistischen Kurfürstendammschleife vor Gericht vorstellen.

Das Gericht erkannte die Notwendigkeit einer Bestrafung Goebbels' an und verurteilte

ihn zu 500 Mark Geldstrafe — nicht ohne ihn in der Urteilsbegründung eindringlichst aufmerksam zu machen, welche Wege er beschreiten muß, um straflos seine Aussage verweigern zu können.

Während der Beweisaufnahme im Helldorf-Prozess ereignete sich ein weiterer interessanter Zwischenfall.

Der Angeklagte Schulz erlitt einen Ohnmachtsanfall und wurde von dem Arzt des Untersuchungsgefängnisses behandelt. Nach Wiederaufnahme der Verhandlung erklärte Schulz jedoch von neuem, daß er sich zu schwach fühle, der Verhandlung zu folgen.

Der Angeklagte Graf Helldorf trat an den Gerichtstisch und machte dem Gericht leise eine Mitteilung. Daraufhin fragte Landgerichtsdirektor Ohnesorge Schulz, wovon er lebe. Dieser erklärte, daß er erwerbslos sei, eine Frau zu ernähren habe und nur 15 Mark Unterstützung beziehe. Vorsitzender: „Kann Ihr Schwächezustand zurückzuführen sein auf unzulängliche Ernährung?“ Angeklagter Schulz: „Das kann stimmen.“ Das Gericht beschloß darauf, die Verhandlung bis Donnerstag früh auszusetzen.

Abgesehen von der effekthaschenden Ko-

mödiantenhaftigkeit des „gnädigen Grafen“, der sich — nachdem er sie ins Unglück gehetzt hat — als treuer Freund der „armen hungern SA-Leute“ aufspielt —, bezeichnend ist auch die humane und loyale Prozeßführung in einem Falle, wo es um die Belange angeklagter Nationalsozialisten geht.

Prozessualer Milde und Humanität im Gerichtssaal ist ein gut Ding — aber Hunderte und Tausende von Arbeitern, die irgendwelchen imaginären Begriffen von „Staat“ und „Schutz der Republik“ geopfert werden — die hat man seit Tage nicht so mild behandelt.

Die Opfer der Landfriedensbruch- und Aufrührprozesse, die Arbeiter vor den Schranken, die keine Grafen hinter sich und keine juristischen Sympathien vor sich haben, wenn sie vor den Schranken stehen — die fragt keiner, ob sie Hunger haben wie im Helldorf-Prozess, oder ob sie auch genug Wein zu trinken bekommen, wie im Sklarek-Prozess.

Allerdings mag das mit darauf zurückzuführen sein, daß das Schnellgericht seine Urteile über Proleten mit so maschinenmäßiger Geschwindigkeit fällt, daß ihnen gar keine Zeit bleibt, Hungergefühle zu äußern...

Nichtangriffspakt im Osten

Ein politisches Ereignis von größter Tragweite wird aus Moskau gemeldet. Dort wurde am Montag Abend in dem Konferenzsaal des Außenkommissariats der Sowjetunion der russisch-polnische Nichtangriffspakt durch Außenkommissar Litwinow und den polnischen Gesandten Dr. Patek paraphiert.

In seinen Hauptpunkten wird in dem Vertrag bestimmt:

1. Die beiden Vertragspartner verzichten auf die Regelung aller Streitigkeiten durch das Mittel des Krieges.

2. beide Staaten verpflichten sich, keine Vereinbarungen mit dritten Ländern zu treffen, die gegen eine der Vertragsseiten gerichtet sind. Die Abmachungen, die zwischen einem der Vertragschließenden und einem dritten Staat getroffen worden sind, bleiben auch nach Abschluß des Nichtangriffspaktes in Kraft, wenn es sich nicht um Vereinbarungen handelt, die Angriffsabsichten in sich bergen.

Der Abschluß dieses Vertrages bedeutet für Rußland zweifellos einen großen politi-

schen Erfolg. Von Rußland war ein solcher schon vor vielen Jahren angestrebt worden, doch sind diese Bemühungen damals an den von Polen gestellten Bedingungen gescheitert. Der Vertrag ist das Glied einer ganzen Kette von Verträgen gleichen Inhalts, die ebenfalls kurz vor dem Abschluß stehen und untereinander in einem engen Zusammenhang stehen. Wie groß diese Verknüpfung ist, geht u. a. daraus hervor, daß Polen sich ausdrücklich vorbehalten hat, den Vertrag erst dann zu unterzeichnen, wenn sämtliche übrigen Nichtangriffspakte Sowjetlands, vor allem der Vertrag mit Rumänien, unterzeichnet worden sind. Von allen stößt dieser letztere auf die größten Schwierigkeiten infolge des zwischen Rußland und Rumänien latenten Konflikts wegen Bessarabien. Inzwischen scheinen auch diese überwunden zu sein. Wie Litwinow erklärt hat, will man sich auf eine neue Formulierung einigen, die zwar keinen Verzicht Rußlands auf dieses Gebiet ausspricht, aber doch auch betont, daß beide Vertragsstaaten davon absehen, die zwischen ihnen bestehenden territorialen und anderen Streit-

fragen auf gewaltsamen Wege zu lösen, was praktisch bedeutet, daß für Rußland die befarabische Frage zurückgestellt wird. Die Krönung all dieser Pakte bildet ein russisch-französischer Vertrag. Damit erhält das ganze Pakt-System eine Bedeutung, die es weit über den Raum, der ihm zugrundeliegt, hinaushebt: Rußland öffnet sich den Weg zu einem besseren Verhältnis zu Frankreich, wie andererseits Frankreich das System seiner politischen Sicherungen im Osten verstärkt und sich von allem gegen die von seinen Nationalisten immer wieder an die Wand gemalte Gefahr einer deutsch-russischen Phalanx schützt. Wie dem sei: Litwinow wird in Genf auf der Abrüstungskonferenz seinen Willen zum Frieden nicht nur mit Worten vertreten, sondern alle Einwände mit sichtbaren Beweisen entkräften und demgemäß auch mit einem stärkeren moralischen Nachdruck die Abrüstung fordern können, während zugleich die Durchführung des inneren wirtschaftlichen Durchbaus von der Gefahr außenpolitischer Verwicklungen weitgehendst befreit ist.

Sevilla eine tote Stadt

Die Stadt Sevilla steht auch gegenwärtig wieder im Mittelpunkt der sich häufenden sozialen Unruhen. Sie macht, so wird berichtet, den Eindruck einer toten Stadt. Auf den Straßen sieht man nur Polizei und starke Militärabteilungen aller Waffengattungen. Zahlreiche Maschinengewehre sind auf flachen Hausdächern von den Truppen in Stellung gebracht worden. Die Ueberwachung der Stadt durch Flugzeuge wird ebenfalls fortgesetzt.

In Utiel, in der Provinz Valencia wurden die Telefon- und Telegraphenleitungen von den Streikenden zerstört. Aus der Provinz Teruel, in der ein bedeutendes Minenbecken liegt, kommen Privatmeldungen, wonach die Minenarbeiter sich dem revolutionären Generalstreik angeschlossen hätten. In Cadix versuchte eine Arbeitergruppe, eine Kirche in Brand zu stecken, konnte aber noch rechtzeitig von der Polizei daran gehindert werden. In Madrid wurden zwei Artillerieoffiziere der Wachbatterie des Militärflugplatzes wegen angeblich monarchistischer Umtriebe verhaftet und die ganze Batterie abgelöst.

Die Lage in Barcelona

In der Stadt Barcelona geht der Streik weiter. Die Stadt hat im allgemeinen ihr normales Aussehen wiedergewonnen. In der Universität von Barcelona wurden mehrere kommunistische Studenten verhaftet. Von den in letzter Zeit festgenommenen Personen sind 46 deportiert worden.

Die Regierung beruhigt

Madrid, 26. Januar.

Regierung und Presse vertreten im allgemeinen die Ansicht, daß die Aufstandsbewegung der Extremisten, die nach dem Willen ihrer Urheber gestern ihren Höhepunkt erreichen sollte, als gescheitert angesehen werden könne. Nachrichten besagten gestern abend, daß in ganz Spanien Ruhe herrsche. Die Regierung habe beschlossen, um jede Gewaltanwendung zu verhüten, die Militärbefehlshaber anzuweisen, stets vollkommen kampffähig ausgerüstete, mit Artillerie und Maschinengewehren versehene Truppen zur Verfügung der Regierung zu halten, um jeden Versuch zu unterdrücken, die Ordnung zu stören.

Aufgelöst und enteignet

Der Präsident der Republik, Zamora, hat den Erlaß über die Aufhebung des Jesuitenordens unterzeichnet. Der Erlaß bestimmt: Die Gesellschaft Jesu wird in Spanien aufgelöst. Die Ordensbrüder und Novizen haben ihr gemeinsames Zusammenleben binnen zehn Tagen nach der Veröffentlichung des Erlasses aufzugeben. Mit dem Tage der Veröffentlichung des Erlasses wird der Gesellschaft Jesu die freie Verfügung über ihren Besitz entzogen, da dieser Besitz an den Staat übergeht und für Zwecke der Wohltätigkeit und des öffentlichen Unterrichts bestimmt wird. (Ausgewiesen werden die Jesuiten nicht. Red.)

Die zuständigen Behörden müssen binnen zehn Tagen eine Liste aller auf den Namen der Gesellschaft Jesu eingeschriebenen Besitztümer vorlegen. In der gleichen Frist haben die Banken, Kreditinstitute, Gesellschaften und Privatpersonen dem Finanzministerium eine Aufstellung der der Gesellschaft Jesu gehörenden Depots, Wertsachen und Bankkonten einzureichen.

Mandschurei-Konflikt im Völkverbund

Ratlosigkeit im Rat

In der Sitzung des Völkerbundsrates, in der der japanisch-chinesische Streitfall behandelt wurde, kam es zu einem

scharfen Zusammenstoß

zwischen den Vertretern beider Länder. Der chinesische Gesandte Yen verlas eine scharfe Erklärung. Die Anrunder. Es handele sich jetzt um eine Krise des gesamten Verfahrens des Völkerbundes.

Die stundenlange Aussprache konnte angesichts der völlig unüberbrückbaren Gegensätze zwischen der japanischen und chinesischen Regierung nicht abgeschlossen werden.

In den geheimen Verhandlungen ist, wie verlautet, dem chinesischen Regierungsvertreter mitgeteilt worden, daß im Völkerbundrat keinerlei Mehrheit für das Ergreifen anderer Mittel, insbesondere von Sanktionsmaßnahmen (Artikel 15 und 16) gegen Japan vorhanden sei. Der Konflikt müsse weiter auf der gegenwärtigen Grundlage behandelt werden.

In Ratskreisen herrscht über die weitere Behandlung des Streites völlige Ratlosigkeit.

46 Jahre SPD — heute SAP!

Ein Brief

Berlin, 26. Januar.

An den
Vorstand der 90. Abteilung der SPD, Berlin

Werte Genossen!

Ihr werdet nicht überrascht sein, wenn ich euch mitteile, daß meine Zugehörigkeit zur SPD nunmehr ein Ende hat.

Ich bin nicht in Stimmung, eine lange Erklärung zu schreiben, zumal ich mich nur den Ausführungen anderer, bereits ausgeschiedener Genossen anschließen könnte.

Seit Jahren habe ich innerhalb der SPD einen Kampf gegen die verhängnisvolle Politik der Parteinstanzen geführt. So manche Unbill habe ich für meine Ueberzeugung ertragen müssen, und könnte dies auch noch weiter tun.

Meine sozialistische Ueberzeugung gestattet mir aber nicht mehr, die Politik der letzten Jahre, und was alles noch dazukommen muß und wird, weiterhin mit zu verantworten.

Ohne Hoffnung auf Abkehr von dieser Politik hat meine Mitgliedschaft jeden Sinn verloren. Nach eines, Werte Genossen: Ihr habt vor einiger Zeit einen meiner Widersacher zur Ordnung gerufen. Dieses braucht euch nun nicht leid zu tun. Ihr habt recht gehandelt. Dafür danke ich euch nochmals herzlich.

Niemals, bis auf den heutigen Tag, habe ich mit einem Gegner meiner Partei konspiriert, oder habe ich meine Partei kompromittiert.

Wenn alle die so „Verantwortungsbewußten“ von sich dasselbe sagen könnten, wäre mein Ausscheiden nach 46-jähriger Mitgliedschaft nicht notwendig geworden.

Mit sozialistischem Gruß

K. W., Pannierstraße 54.

Der chinesische Ministerpräsident Sunfo ist zurückgetreten. Tschiangkauschek dürfte sein Nachfolger werden.

Revision im Kap-hengst-Prozess. Gegen das Urteil des Altonaer Schwurgerichts im Kap-hengst-Prozess, das auf drei Jahre Zuchthaus lautete, ist von Rechtsanwalt Bloch Revision angemeldet worden. Vermutlich wird auch die Staatsanwaltschaft Altona von dem Rechtsmittel der Revision Gebrauch machen.

Die Matrosenrevolte von 1917

Der Bericht eines zum Tode Verurteilten — Von Willy Sachse

3. Fortsetzung

Nachher . . .

Krachend fliegen die Kerkertüren hinter mir zu. Jetzt sind wir Gefangene. Eben noch marschierten wir in der Sonne. Jetzt liegen wir allesamt in dunklen, stickigen Verließern. Jeder allein: Reichpietsch, Köbis, Beckers, Weber und ich. Und warten, warten! Wie lange wohl — — —?

Die Zeit verrinnt langsam. Die Zelle öffnet sich, ich werde vorgeführt. Auf irgendeinem Korridor machen wir Halt. Max Reichpietsch sitzt schon auf einer Bank an der Wand. Zwei Matrosen haben sich neben ihn postiert. Sprechen dürfen wir nicht miteinander. Die Posten stecken uns aber Zigaretten zu. Max wird zuerst aufgerufen und verschwindet hinter einer Flügeltür. Was wird werden? — Man holt mich. Reichpietsch sitzt in einem saalartigen Zimmer. Dann tritt ein Kriegsratsrat ein. Blaß, glatt, gepflegt, mit blitzendem Kneifer. Der Richter setzt sich. Vor ihm, auf dem Tische, das silberne Kreuzifix. Wohlgefällig nickend, schaut er uns an. Was will der — — —?

Der Richter steckt sich eine Zigarette an. Der Duft umschmeichelt unsere Nasen. Er reicht uns sein silbernes Etui. „Bitte, nehmen Sie — —!“ Wir zögern. Und — lehnen ab. Haben wir jetzt nicht andere Bedürfnisse? Der Kriegsratsrat steckt das Etui in die Tasche. Sinnend nickt er dabei seinen eigenen Gedanken nach. „Na, tja, dann wollen wir beginnen!“ Eilfertig spannt der Schreiber den Bogen in die Maschine. Halb zu ihm, halb zu uns gewendet, nickt nochmals der Richter. „So — also das sind die beiden Todeskandidaten?“ Er faßt nach einem Bogen Papier und malt. Es ist eine Art Galgen, was er da zeichnet. Das Blatt legt er rechts, neben das Kreuzifix. Dann faßt er in die Tasche und legt seinen Browning links daneben. Eine sonderliche Allegorie der Erlösung! „Was das ist, wissen Sie wohl?“ Er zeigt auf den Revolver. „Und das hier“ — sein dünner, apitzer Silberstift weist auf den Bogen — „das ist ein Galgen. Verstanden?“ „Ja, wohl!“ „Ich kann Sie erhängen oder erschießen lassen, je nachdem, wie und was Sie aussagen werden. Erhängen ist natürlich ein schimpflicherer Tod für einen Soldaten.“ Der Richter schweigt und sieht uns mit lächelnden Augen an. Wir starren auf die Dinge dort unterm Kreuzifix und warten, was da wohl noch kommen mag. Der Richter bricht das endlose Schweigen. „Sie haben selbst die Wahl. Das Urteil steht fest. Es liegt nur an Ihnen, welche Todesart Sie wählen wollen!“ Noch immer schweigen wir. Reichpietsch läßt den Kopf auf die Brust sinken, ich starre auf das Kreuz. „Sie sollen nicht gleich aussagen. Sie müssen sich erst an Ihre neue Umgebung gewöhnen. Sehen Sie, hier liegt Webers Geständnis, leugnen hilft nicht mehr. Nur Offenheit kann Ihre Lage bessern.“ Ein Wink. Der Schreiber klingelt. Wir werden abgeführt. In der dunklen Einsamkeit unserer Käfige haben wir Muße genug, über diesen Richter nachzudenken.

„Gehent oder erschossen . . .?“

Zwanzig Tage währten die Verhöre. Zwanzig Tage und fast ebenso viele Nächte standen wir im Kreuzfeuer dieser stechenden Fragen: „Gehent oder erschossen?“

Wenn wir in die Zellen zurückgebracht werden, ist das Essen kalt und schwammig. Den Fraß vermögen wir nicht hinunterzuwürgen. Die Qual der Verhöre, der Hunger, die Nächte machen uns eidend und krank. In den Irrgängen dieser Juristerei finden wir uns nicht mehr zurecht. Woher sollten wir in solch jungen Jahren auch diese Kenntnisse nehmen? Ob Frage oder Antwort, alles wird zum Verhängnis. Es ist Wahnsinn überhaupt zu reden.

Der Prozeß

Am 27. August 1917 beginnt vor dem außerordentlichen Feldkriegsgericht des IV. Geschwaders der Prozeß. Als erste Gerichtsverhandlung wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Es ist ein kurioses Gericht. Anklagevertreter sind die Richter, die uns vernommen haben; Marine-Hilfskriegsgerichtsrat Dr. Döhring, dessen Gewissen iramer peinlich zwischen Erschießen oder Erhängen hin und her schwankte. Kriegsgerichtsrat Lösch, dem schon immer die Todesstrafe zu niedrig erschien und Herrn Breil. Alle Fragen drehten sich um ein Programm, das wir nicht gekannt haben und das der vernehmende Herr Döhring, in Ermangelung eines solchen konstruiert hatte. Vier Punkte hatte es: 1. Uebertritt der Flotte zur USPD, soweit Mann-

schaften in Frage kamen. 2. Erzwingung eines alsbaldigen Friedens durch Waffenfriedlegung. 3. Generalstreik. 4. Verweigerung des Gehorsams gegenüber solchen Befehlen der Vorgesetzten zur Unterdrückung von Streikunruhen in Marine- und Volkskreisen. Zu solchen Programmpunkten konnte ein Politiker nie kommen, das war Juristensache! Alle Angeklagten leugneten die Existenz dieses Programmes in der Matrosenbewegung.

Es ist eine kritische Situation, die Anklage droht zusammenzubrechen. Herr Döhring springt auf. „Köbis, das war doch ihr Programm?“ Alwin schweigt. Acht Stunden dauern die Verhandlungen schon, er hat noch kein Wort gesprochen. „Und Sie, Reichpietsch?“ fragt Döhring wieder. „Von diesem Programm war nie die Rede. Herr Kriegsgerichtsrat hat überhaupt bei unseren Vernehmungen soviel herumgefragt, daß ich manchmal nicht wußte, ob ich antworten oder schweigen sollte. Wenn die Protokolle geschrieben waren, stand stets etwas anderes darin, als gesagt worden war. Unterschrieb

ich nicht, dann meinte der Herr Richter, daß diese Aussagen sogar der Schreiber beieiden könnte. Da hab ich unterschrieben, um endlich Ruhe zu haben. Ich war ja auch Genauer und Herr Kriegsgerichtsrat mein Vorgesetzter, und nochmals wegen Gehorsamsverweigerung wollte ich auch nicht auf die Festung!“ Döhring wird abwechselnd blaß und rot. Dann fragt er Beckers. Hans Beckers sieht ruhig dem Fragenden ins Gesicht und antwortet in seiner eigenen singenden Art: „Ich habe den Frieden gewollt. Auch Menagekommissionen. Bei uns an Bord hat die Kommission nur einen Tag gearbeitet und schon hat man 25 Pfund Butter wiedergefunden, die von der Mannschaftsverpflegung verschwunden waren. Der Böttcher hatte sie der Offiziersmesse überschrieben!“ Der Vorsitzende fällt Beckers ins Wort. Es geht hier um Programme und nicht um die Verpflegung. Döhring greift zum letzten Mittel, zur Provokation. Er kennt uns. „Köbis, Sie sind zu feige, zu ihren Taten zu stehen. Im „Tivoli“ wußten Sie andere Sachen zu erzählen. Wenn

Sie zu feige sind, werde ich das Protokoll vorlesen.“ Er sucht nervös in seinen Akten. Da, der schmale Tisch vor uns knarrt. Köbis springt auf, reckt sich empor, hart, trotzig ist sein Gesicht. Er will reden

„Ich habe bisher geschwiegen, da alle verleumdeten. Ich wollte immer schweigen, denn mich reut wirklich, daß ich zu feige war, den Weg bis ans Ende zu gehen. Jawohl, ich wollte den Frieden. Annexionslos. Einen Frieden ohne Euch und mit allen Mitteln. Ich will die Freiheit, die dieser Krieg nie bringen kann. Uns nicht und Euch nicht; ihr, von der anderen Seite. Der Krieg ist die Falle, in der unser Freiheitsverlangen gefangen und erstickt werden soll. Ich weiß, mein Urteil steht schon fest. Ihr werdet uns richten müssen. Aber nach uns sind andere, die Rechenschaft fordern werden. Sie werden Sieger sein! — —“

Stille ist im Saal. Köbis setzt sich schwer und hart. Er ist blaß. Das Gericht zieht sich endlich zur Beratung zurück. Morgen, morgen werden wir das Urteil hören!

Ruhe in Dartmoor

Die Bourgeoisie hat sich gesichert

London, 26. Januar.

Im Zuchthaus von Dartmoor ist, wie bürgerliche Zeitungskorrespondenzen mit Genugtuung hervorheben, Ruhe eingetreten. Alle Ausgiposten sind mit bewaffneten Wachen dreifach besetzt, und vorderhand ist man noch nicht wieder zur alten Zuchthausordnung zurückgekehrt. Die Gefangenen werden noch in ihren Zellen gehalten, und nur für die notwendigsten Arbeiten zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftsbetriebes werden kleinere Gruppen von Insassen unter schwerer Bewachung herangezogen.

In der vergangenen Nacht wurde noch eine Abteilung von 50 Offizieren und Mannschaften der Garnison von Plymouth nach Princetown beordert. Die Soldaten wurden zu beiden Seiten des Eingangs zum Zuchthaus von Dartmoor postiert. Andere Soldaten haben Wachtposten auf allen Straßen in der Nähe des Zuchthausbezuges. Die Straßen von Princetown nach Exeter, auch die Landwege, sind durch Verhaue gesperrt.

Die außerordentlichen Vorsichtsmaßnahmen werden damit begründet, daß sich in der Um-

gebung der Anstalt ehemalige Sträflinge gezeigt hätten, und daß jeder etwaige Versuch, den Gefangenen von außen her zu Hilfe zu kommen, „im Keime erstickt“ werden solle.

Als in der vergangenen Woche einer der Gefangenen einen Ausbruchversuch unternahm, waren in der Nähe zwei Autos bemerkt worden, die anscheinend auf ihn warteten. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß das Zuchthaus inmitten Moorland liegt, wo häufig dichter Nebel herrscht. Auch heute nacht ist die Anstalt in dicke Wolken eiskalten Nebels gehüllt, der die Sicht erschwert. Eine Anzahl von Scheinwerfern ist in Tätigkeit gesetzt worden. Im ganzen waren um Mitternacht hundert in Lastautos an Ort und Stelle gebrachte Soldaten mit aufgeflepptem Seitengewehr um das Gefängnis herum verteilt. Alle Fußgänger und Autos werden angehalten und nach ihren Ausweispapieren gefragt. Gegenüber dem Haupteingange des Zuchthauses ist eine Maschinengewehrabteilung postiert.

(Infolge eines bedauerlichen Versehens bei der Korrektur war unser gestriger Bericht stark verstümmelt.)

Wiederaufnahmeverfahren oder Gnadengesuch?

Nach dem Frenzel-Urteil

Berlin, 26. Januar.

Nachdem das Reichsgericht gestern die von Frenzel gegen das Urteil der Potsdamer Strafkammer angemeldete Revision verworfen hat, werden seine Verteidiger, die Rechtsanwälte Dr. Brandt und Blumenhein, nunmehr zunächst die Frage prüfen, ob ein Wiederaufnahmeverfahren im Bereich der Möglichkeit liegt, oder ob ein Gnadengesuch für den ehemaligen Amtsvorsteher von Bornim eingereicht werden soll. Frenzel hätte von der ihm auferlegten Zuchthausstrafe in Höhe von 1 Jahr 2 Monaten jetzt noch etwa neun Monate zu verbüßen, da ihm fünf Monate Untersuchungshaft angerechnet worden sind. Ein Strafvollzug würde aber erst in Frage kommen, wenn die Staatsanwaltschaft Potsdam die ausführliche Entscheidung des Reichsgerichts erhält, was noch einige Zeit dauern kann.

Geheimbrennerei ausgehoben

Trier, 26. Januar.

Durch überraschendes Eingreifen von Zoll- und Polizeibeamten wurde in einer im Wildbachtal bei Traben-Trarbach gelegenen Mühle eine Geheimbrennerei aufgedeckt, die mit den modernsten Geräten ausgestattet war. Drei Schwarzbrenner wurden festgenommen. Die Brennerei, die erst seit 14 Tagen bestand, war für eine Tagesproduktion von 100 Litern eingerichtet. Um ihren Betrieb in der bisher leerstehenden Mühle zu verdecken, hatten die drei Schwarzbrenner zwei Familien in die Mühle einquartiert.

Briefberaubung in der Tschechoslowakei

Eger, 26. Januar.

Vor dem hiesigen Kreisgericht begann der Prozeß gegen den früheren Vorstand des Hauptpostamtes in Marienbad, Oberpostsekretär Franz Sinka, der angeklagt ist, sich durch wiederholte Beraubungen von Briefen und Wertsendungen, Mustern und Ballen im Jahre 1920 und 1921 in Böhmischem-Budweis und im Jahre 1930 sowie im vorhergehenden Jahr in Marienbad des Diebstahls und der Verletzung des Briefgeheimnisses schuldig gemacht zu haben. Der Angeklagte bestreitet jede Schuld. Der Prozeß dürfte einige Tage dauern.

Der Tod in der Grube

Schweres Bergwerksunglück in Wales

London, 26. Januar.

Bei einer Explosion in einem Schacht des Llwynypia-Bergwerks im Rhondda-Tal (Wales) fanden vier Bergleute den Tod. Sechs Bergleute befinden sich noch in der Grube, und es wird befürchtet, daß sie nicht mehr am Leben sind.

*

Elf Todesopfer!

London, 26. Januar.

Auf dem Llwynypia-Bergwerk in Süd-Wales sind weitere 7 Tote geborgen worden. Die Gesamtzahl der Todesopfer ist damit auf elf gestiegen. Der Schacht steht noch immer in Flammen. An den Rettungsarbeiten hat sich auch der Waliser Tenor John Evans freiwillig beteiligt. Er erlitt dabei eine Gasvergiftung, der er erliegen ist.

Die Belgien-Metze erledigt

Die Rechtspresse ist gegenwärtig stark bemüht, das Sarrasani-Brandunglück belgischem Deutschenhaß in die Schuhe schieben zu wollen. Zu dieser Tatarennachricht bemerken wir kurz folgendes:

Es liegt uns ein Privatbrief der Tochter des Direktors Hans Stosch-Sarrasani vor. In dem Schreiben vom 22. Januar heißt es u. a.:

„. . . . Daß das Feuer von belgischer Seite angelegt sei, dürfte keineswegs in Frage kommen. Es ist tatsächlich nur ein übles Zeitungsgerücht, das wir bereits überall auf das entschiedenste widerrufen haben. Die gerichtlichen Untersuchungen befinden sich bereits im vollen Gange, so daß hoffentlich recht bald die wahre Ursache sich herausstellen wird.“

Nota bene: Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten, liebe Rechtspresse!

Robert Koch-Ehrung 1932

Berlin, 26. Januar.

Am 24. März 1882 teilte Robert Koch in einer Sitzung der Berliner Physiologischen Gesellschaft seine Entdeckung des Tuberkelbazillus mit. Es war die Absicht, die 50jährige Wiederkehr dieses für die ganze Menschheit bedeutungsvollen Tages in feierlicher Weise zu begehen und hierzu auch das Ausland einzuladen. Der Vorbereitende Ausschuß ist aber zu der Meinung gekommen, daß die allgemeine Lage in diesem Jahre dazu zwingt, von größeren Feierlichkeiten und von offiziellen Einladungen an das Ausland abzusehen. Voraussichtlich wird aber für 1933 in Berlin geplante Mikrobiologenkongreß Gelegenheit bieten, eine Robert Koch-Ehrung unter lebhafter Beteiligung von Gelehrten des Auslandes zu veranstalten.

In diesem Jahre findet nur eine Festsitzung in kleinem Rahmen am 5. März 1932, mittags 12 Uhr, im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses, Berlin W 8, Leipziger Straße 3, statt.

So setzen sie sich zur Ruhe!



Der ehemalige König von Spanien beabsichtigt, das Schloß des bekannten tschechischen Geigers Jan Kubelik im

Burgenland zu kaufen. Das Schloß ist scheinbar ein geeigneter Ruheplatz für Leute, die ehemals die erste Geige gespielt haben!

Feuilleton der SAZ

Schauenster

Schauenster sind deswegen so beliebt, weil man da so schön sieht, was es alles noch gibt.
Man ist doch neugierig — immerhin! Ansehn kost ja nischt! — Und so ziehn denn auch die Berliner hin Und besehn zwischen Scheinwerfern, Krach und Benzin die Schauenster, die Schauenster der schönen Stadt Berlin.
Da steht nun die Industrie hinter Glas und schmückt auch den Laden und wartet sich was.
Kochtöpfe aus Silber, deutsche Taschen aus Wien — Ansehn kost ja nischt! Alle Wachsamen heulen bereits Glycerin... Für wen pflanzt man bloß diese Stilleben hin? In die Schauenster, in die Schauenster der künischen Stadt Berlin.
Das Silber glänzt wie ein polierter Stern. Und der bessere Herr spricht zu dem schlechteren Herrn: „Vorm Krieg kauft ich auch mal sonen Silberpokal: Kultur kostete nischt...!“ Und der schlechtere Herr spricht leis vor sich hin: „Ihr Silberpokal... der kann mich mal. Vor den Schauestern, vor den Schauestern der armen Stadt Berlin.“

Von Alice Eckert-Rothholz

Links das Schauenster zeigt fette Gänse und Mut.
Plakat: „Spart für die Faschingsgans! Gans schmeckt gut.“
Und der kleinere Mann spricht zu dem kleinen Mann:
„Sparen is jut — und Jans is ooch jut.“
Doch jener spricht träumerisch vor sich hin: „Wenn ick noch lange die Jans seh... is det valleicht nich jut für die Schauenster, für die Schauenster der hungriken Stadt Berlin...“
So schimmeln, beleuchtet von mehreren Seiten, alle bürgerlichen Behaglichkeiten: Konfekt, Autos, Romane, Kakteen, Perserbrücke.
Lauter nagelneue Museumsstücke: Ansehn kost ja nischt! — Merkt: „Die Dame trägt diese Saison Hermelin.“
Aber nur in den Schauestern, Mensch! — In den Schauestern der frierenden Stadt Berlin.
Diese Schauenster mit ihren schönen und nützlichen Sachen können alles — bloß nicht Geschäfte machen. Ansehn nützt ja nischt. Komisch, je länger man reinsieht, um so mehr kommt man drauf: Früher regte das an. Und heut regt uns das auf.

Die Probe

Von Melchior Douglas

Im Süden Berlins, wo die Straßen stiller werden, wo rechts ein Friedhof, links ein Bauplatz mit viel Gerümpel beginnt, wo die Bonnen mit den braven Kindern braver Bürger den häuslichen Abendbrotschrippen entgegenstreben, da marschiert, eben als die Laternen auf unsichtbares Kommando entflammen, eine Gruppe Männer. Es sind nicht allzu viele, etwa zwanzig, in unauffälligen Jacken, Segelmützen, blau, auf den durchschnittlichen Köpfen — sie marschieren. Links an der Spitze ein Kleiner, offenbar der Führer des Zuges. Manche rauchen. Manche sprechen gedämpft. Nur der Marschtritt durchbricht das beinahe Gespenstische des Trupps im nebligen Laternenlicht.
Aber ein Sonderbares haben alle diese Männer. Sie tragen etwas, schlenkern es im Takt am linken Handgelenk; man kann nicht sofort erkennen, was es ist. Eine Markttasche? Eine graue Kappe? Unsinn. Beim nächsten vorüberhuschenden Lampenschein — ganz klar: Gasmasken!
Jeder eine Gasmasken. Glotzende Glasaugen, Schweinerüssel. Fast wie eine angesetzte runde Käseschachtel, ist aber kein Käse drin. Was sollte der Mensch auch in Todesnot mit Käse?
Die Männer kommen von der Generalprobe. Vielleicht ist es nicht die letzte Probe, die erste ist es gewiß nicht. Es sind wohl auch nicht die einzigen probenden Männer. Man übt Aufstreifen, Atmen, Laufen, Arbeiten.
„Gewöhne deine Lungen rechtzeitig an die Maske, auf daß es dir wohl ergehe auf der Erde, die dein Gott dir zwecks Verpestung übergab. Amen.“
Die Männer übersehen uns gewöhnliche Menschen, die wir zwischen stauenden Kindern und gaffenden Wärterinnen den Zug begleiten. Sie fühlen sich erhaben. Sie besitzen den Paß zum ewigen Leben, den Schein der Sicherheit; den Gasangriff haben sie durchgeübt, in dem wir anderen verrocken sollen. Zur höheren Ehre irgendeines Phantoms, dessen Existenz und Verteidigungsnotwendigkeit uns einge-redet wird. Eingekeilt. Eingeböhrt.
Oho, die Männer sollen nicht lachen! Wir, wir anderen können uns trösten. Ein trauriger Trost ist es zwar nur, aber für bescheidene Gemüter mag er genügen:
Auch jene werden dran glauben. So wie wir. Auch jene werden die Lungen auskotzen. Auch jene werden sich winden, wenn das Fleisch an ihren Knochen verkohlt. Auch jene werden schreien müssen, wenn Gas ihnen die triumphierenden, glasglotzenden Augen ausbeizt.
Gegen das Gas ist kein Mittel.
Berlin Süd, Nord, Ost, West wird am Wahnsinnsausbruch menschlicher Technik verrecken. Alle.
Auch die, die sich Panzerkeller bauten. In gewissen Straßen. Auch die, die mit Gasmasken tändelten. Alle.
Es sei denn, daß eine Front entsteht gegen den Wahnwitz. Gegen das Idol, das uns zu Tode hetzt. Gegen jene großen, hohlphrasigen Männer, die dahinter stecken. Gegen die, die vom Schlachten leben. Gegen die, die eine Ethik des Mordens predigen. Gegen diese — alle.
Jetzt hat der Abend den kleinen Trupp verschluckt.

Kleines Feuilleton

Ein Beethoven-Violinkonzert wird erst aufgeführt

Anläßlich eines von dem spanischen Geiger Juan Manén veranstalteten Konzertes zugunsten der Berliner Winterhilfe wird auch ein Violinkonzert zur Erstaufführung gelangen, das Beethoven vermutlich im Alter von 18 Jahren unter dem Titel „Konzertstück in C-Dur für Violine und Orchester“ komponierte. In diesem Werke ist der Einfluß Mozarts, den Beethoven kurz zuvor kennen lernte, noch deutlich erkennbar. Manén hat das Violinkonzert einer Bearbeitung unterzogen.

Lobeshymne auf Mussolini gesucht

In Florenz wird, anschließend an die im Frühjahr stattfindende Kinderbücher-Ausstellung, ein Literaturpreisausschreiben der Jugend veranstaltet werden, dem die Schaffung eines Jugendbuches zugrunde liegt. Dieses Werk soll zugleich eine Lobhymne auf das heutige Italien darstellen. Die Höhe des Preises wurde auf 10 000 Lire festgesetzt.

Da werden Tränen fließen...

„Der Evangelimann“, die kitschig-pastorale Oper des dieser Tage 75 Jahre alt gewordenen Komponisten Kienzl, soll, wie eine Korrespondenz meldet, die Grundlage eines in Vorbereitung befindlichen neuen Filmes bilden, dessen Hauptrolle — Richard Tauber darstellen soll. Richard mit Bart, unbedingt eine Neuigkeit!

Ein Film über Gandhi?

Wie uns aus New York berichtet wird, beabsichtigt eine mittlere amerikanische Filmgesellschaft einen Film über den indischen Freiheitshelden Mahatma Gandhi herzustellen. Man will zu diesem Zwecke einige Hundert Inder nach Amerika verpflichten. Die Verhandlungen hierüber sind bereits im Gange.

Im Stehen hört man besser!

Bei einem Konzert des Philadelphia-Symphonieorchesters in New York wurde kürzlich die akustische Qualität des Saales einmal gemessen, als das Publikum saß, und dann, als es stand. Dabei kam man zu der überraschenden Feststellung, daß sich im letzten Falle die akustische Qualität des Saales um 25 Prozent gebessert hatte. An und für sich ist es ja nichts Neues, daß die Füllung eines Saales die Akustik wesentlich beeinflußt. Das merkt man in Tonfilmtheatern, wenn sich der Saal nach und nach füllt, und der Vorführer darauf keine Rücksicht nimmt, d. h. den Ton den veränderten akustischen Verhältnissen nicht anpaßt. Man merkt es auch bei der Wiedergabe von Konzerten und Opern durch den Rundfunk, die in sehr vielen Fällen bedeutend besser ist, wenn die Uebertragung aus dem „lebenden“ Konzertraum geschieht, anstatt aus dem Senderraum, sei er auch nach dem letzten Stand der physikalischen und raumakustischen Forschung ausgerüstet.

200 000 Mark für eine Briefmarke!

Die seltenste und teuerste Briefmarke der Welt ist zurzeit die 1-Cent-Marke von Britisch-Guyana aus dem Jahre 1856. Soweit sich ihr Weg zurückverfolgen läßt, wurde sie von einem Schüler in Georgetown gefunden und an einen Schulkameraden weitergegeben. Später kam sie in die berühmte Sammlung des Barons Ferrari. Von diesem kaufte sie ein reicher Amerikaner für 150 000 Mark. Ihr Wert wird heute auf 200 000 Mark geschätzt.

Hindenburg lebt zu lange

Die „Deutsche Tageszeitung“, die an dem Brett vor ihrem Kopf ihre schon fast mehr als reaktionäre Gesinnung mit den bekannten Trinksprüchen: „Fürs deutsche Volk!“, „Für deutsche Art!“ usw. motiviert, hat nicht umhin gekonnt, die antimilitaristischen Angriffe der „SAZ“ mißbilligend zu bemerken.

Da hatte die „SAZ“ vor einiger Zeit einen bemerkenswerten Aufsatz veröffentlicht, in dem unter dem Titel „Willst du lange leben, so werde General“ bewiesen wurde, daß die ruhmvollen Telefon- und anderen Generale ein ungewöhnlich hohes Lebensalter für ihren kriegerischen Beruf aufzuweisen haben. Und diese Behauptung war mit zahlenmäßigen Nachweisen gut zementiert.

Darauf schnappte es aber bei den Deutschen in der Tageszeitung. Ein Leitartikel fuhr vor die Front, und dann bewiesen wenigstens die Redaktionsgenerale, daß sie Männer sind.

„Wir berichteten vor einigen Tagen über die Herausgabe der neuen Leitgedanken des Reichswehrministers über die Erziehung der Soldaten. In ihnen fanden sich treffende und begrüßenswerte Hinweise auf die staatsgefährliche Gesinnung der Kriegsdienstverweigerer und Pazifisten. Just zu gleicher Zeit und als eindringlicher Beweis für die zwingende Notwendigkeit einer klaren Front gegen diese Wehrmachtseinde gibt die „Sozialistische Arbeiterzeitung“ ihren Spalten für einen Aufsatz Raum, der eine Hetze überlaster Art darstellt und zudem an Geschmacklosigkeit kaum noch überboten werden kann.“

Worauf einige Zitate aus unserem Artikel folgten und mit dem Tonfall eines hemmungslos gekränkten Katers nachstehender rasender Schlußappell:

„Wir überlassen unseren Lesern das Urteil über die Schamlosigkeit, die aus solcher Gesinnung spricht, und glauben es uns getrost versagen zu können, dem Elaborat dieses Schmutzfinken authentische Zahlen aus der Kriegszeit gegenüberzustellen. Es erscheint uns selbstverständliche Pflicht aller beteiligten Instanzen, daß diese unerhörte Beschimpfung unseres Reichsoberhauptes sowie der gesamten Generalität nicht ungesühnt bleibt.“

*

Die Leute in der „Deutschen Tageszeitung“ irren hier. Wir haben festgestellt, daß Herr von Hindenburg trotz seiner Tätigkeit als Kriegsheld und Marschall ein wesentlich höheres Lebensalter erreicht hat, als mancher armselige Muskote unter seinem Kommando. Die „Deutsche Tageszeitung“ stellt diese erfreuliche Tatsache als eine Beleidigung hin — das heißt also, sie mißbilligt das hohe Alter unseres Staatsoberhauptes. Das ist leichtsinnig von ihr, man hat schon wegen kleinerer Dinge heute eine Zeitung verboten.

Ihrer anderen Äußerung jedoch stimmen wir vorbehaltlos zu: sie kann es sich versagen, uns „authentische Zahlen“ aus der Kriegszeit gegenüberzustellen — wobei wir lediglich das Wort „kann“ für einen Druckfehler anzusehen geneigt sind: es soll heißen: „muß“. Denn da wird nicht viel zu stellen sein!



Copyright by Neuen Deutscher Verlag, Berlin W 8

31. Fortsetzung.

Shirley macht die weit ausladende Handbewegung des Direktors nach und zeigt auf die seltsamen, lehrstuhlförmigen Bänke.

Im Saal lacht man.
Die Hiergebliebenen wollen jetzt noch nicht wieder an die Arbeit zurück.

„Ein verteuertes Mädchen das.“
„Sie ist nicht auf den Mund gefallen, das ist einmal sicher.“

Der Direktor möchte dem Gespräch ein Ende machen, aber Shirley ist nicht so leicht einzuschüchtern. Wenn sie schon angefangen hat zu reden, will sie auch alles sagen, was seit Jahren sich bitter in ihr aufgestapelt hat.

„Warum sehen Sie sich, Chef, nicht unsere Zimmer an? Ein Stall ist ein Salon dagegen. Es ist fast so eng wie an unseren Tischen. Wenn ich aus dem Bett steigen will, stoße ich meine Nachbarin, und Dreck könnten Sie auch genug sehen. Auf unserem Korridor reinigt ein Stubenmädchen an einem Vormittag hundert Zimmer. Gut genug für uns. Faustdick liegen die Staubflocken unter unseren Betten.“
Der Direktor zeigt bewundernswürdige Geduld.

„Hör mal, Shirley, du scheinst doch ein kluges Mädchen zu sein. Wenn es dir so schmutzig scheint in deinem Zimmer, warum nimmst du nicht einen Besen und fegst mal ordentlich?“

„Erstens müßte ich eine halbe Stunde nach einem Besen laufen, wenn ich überhaupt einen bekomme, und dann sehe ich nicht ein, warum ich meine freie Zeit damit verbringen soll. Unsere Zimmer sind doch angeblich gereinigt. Und sehen Sie sich, Chef, mal unsere Wäsche an. Alle Fetzen, die man nicht mehr ausbessern kann, die auseinanderfallen, wenn man sie nur anrührt, gibt man uns. Oder sollten wir unsere freie Zeit damit verbringen, sie versuchen zusammenzunähen? So dumm, wie Sie meinen, sind wir noch lange nicht.“

Der Direktor versucht, die Ausbrüche Shirleys ins Humoristische zu biegen.

„Num, Mädchen, es wundert mich nicht, daß du keine Müße hast, dein Zimmer in Ordnung zu bringen; ich glaube eher, du bringst deine freie Zeit als Volksrednerin und stehst nachts am Columbus Circle auf einer Seifenkista.“

Aber Shirley ist auch jetzt nicht um Antwort verlegen.

„Ja, das wäre schlauer, als versuchen zu ruhen. Man muß schon todmüde sein, um in den überfüllten Räumen schlafen zu können. Wenn das Schnarchen und Beten der Kolleginnen nicht stört, dann hat man die Wanzen. Jawohl, es wimmelt bei uns von Ungeziefer. Die Schaben spazieren am helllichten Tag im Trakt des Personals umher. Sie können selbst sehen, ob ich genug zerstoßen bin.“

Das Lächeln des Direktors bringt Shirley in Wut. Sie öffnet den weißen Kragen ihrer Uniform und zeigt auf ihre halbenblötte Brust, auf der einige Insektenstiche zu sehen sind.

„Komm, Puppe, die Wanzen haben dich sicher auch sonst nicht geschont, zeig' uns nur, wo sie dich überall gestochen haben.“

Aber solche Zurufe aus der Menge ärgern Shirley weniger als die spöttische Miene des Direktors. Er sagt nichts, läßt sie ausreden, obgleich er ihr das weitere Sprechen verbieten könnte. Aber wahrscheinlich hat er doch Angst, ein Verbot könnte noch schlechter und aufreizender wirken als ihre Worte.

„Ja, zu uns schickt man die Kammerjäger alle Jahre einmal, obgleich man ganz genau wissen könnte, wie es da aussieht. Aber in die Gästezimmer gehen sie alle Tage.“

Der Direktor beginnt jetzt die Geduld zu verlieren.

„Genug, Mädchen, du gehst jetzt zurück an die Arbeit. Ich habe eure Beschwerden angehört. Ich werde mich dafür einsetzen, daß Untersuchungen vorgenommen und wirkliche Mißstände abgeschafft werden.“

„Das sind doch alles nur leere Versprechungen.“

„So leicht lassen wir uns nicht beschwichtigen.“

Aber diese Zwischenrufe gehen unter in dem mechanisch sich wiederholenden Satz, der von dem Aufsichtspersonal ohne Pause in den Saal gerufen wird:

„Zurück zur Arbeit, zurück zur Arbeit.“

Aber Shirley ist noch nicht fertig. Ihre Stimme ist schon ganz heiser, sie muß sich anstrengen, um dieses „zurück zur Arbeit“ zu überschreien.

Der Direktor ist von dem Stuhl gestiegen. Jetzt, wo er dem Ausgang zustrebt, von den „Offizieren“ des Hotels umringt, sieht man, daß er während der ganzen Zeit von einer Leibgarde umgeben war.

Shirley aber verfolgt ihn.

„Und unsere Aufzüge funktionieren auch nicht! Man kümmert sich nicht darum, wenn da etwas nicht in Ordnung ist. Keine Klingel geht, wir müssen uns heiser schreien, wenn die Aufzugführer uns hören sollen.“

„Ist an zuständiger Stelle zu melden.“

„Heute ist fast ein Unglücksfall geschehen, ein Aufzug ist von selbst losgefahren. Der Führer rannte zwanzig Stockwerke dem Aufzug nach, er ist ganz krank geworden.“

„Hat er dich aufgefordert zu reden, Mädchen?“

„Niemand hat mich aufgefordert, ich wollte einmal sagen, was ich denke.“

„Wie heißt du eigentlich, Mädchen?“

„Ich habe es schon einmal gesagt, ich heiße Shirley.“

„Und dein Familienname?“

„Ich heiße Shirley O'Brien. Es ist schön, daß ich auch einmal meinen ganzen Namen sagen darf. Ich arbeite hier schon seit sechs Jahren, aber man hat mich selten nach ihm gefragt. Genügt es nicht, wenn man meine Arbeitsnummer weiß? Ich bin Nummer 2122.“

„Shirley O'Brien, du hast anfangs von Fingerschalen und Spitzendecken, die du in feinen Restaurants gesehen hast, erzählt. Konntest du von deinem Lohn dahin gehen?“

Shirley lacht mit Augen, die voll Haß den Direktor anfunkeln, aber sie lacht.

„Nein, nicht von meinem Lohn, Papachen, das hast du richtig erraten, aber bezahlt habe ich trotzdem, jawohl, Chef. Sie wissen das ganz gut, wie es hier zugeht. Die Mädchen, die hier für einen Dollar den Tag arbeiten, möchten außer den faulen Kartoffeln auch noch was anderes vom Leben haben.“

„Shirley O'Brien, wenn es so zugeht, wie du es sagst, soll es geändert werden. Wir geben unserem Personal, jedem Mädchen, das bei uns arbeitet, genügend Schutz. Wir verzichten auf die Mitarbeit solcher, die moralisch haltlos sind.“

Demonstration im Rathaus

Einige hundert Berliner Bürger, ausgehungerte Wohlfahrtserwerbslose und Blinde mit ihren Führhunden, haben mit dem Mute der Verzweiflung dem Berliner Rathaus einen Besuch abgestattet. Sie wollten auch einmal mit den Leuten sprechen, die über ihr Schicksal entscheiden. Den Herrschaften im Roten Hause war der unangemeldete Besuch sichtlich unangenehm. Ein guter Bürger bleibt zu Hause und hungert dort!

Ueber den Verlauf der Demonstration wird folgender Bericht verbreitet:

Im Rathaus kam es heute Dienstag vormittag während der Sitzung des Haushaltsausschusses zu einer Demonstration von Blinden, Kriegsbeschädigten und Wohlfahrtserwerbslosen. Ein Zug von etwa 100 bis 120 Personen mit ihren Führhunden waren von der Königstraße aus in das Foyer eingedrungen und nahmen dort an den aufgestellten Tischen Platz. Im Haushaltsausschuß wurde währenddessen von den Kommunisten ein Antrag eingebracht, sofort eine Abordnung der Demonstranten zu empfangen und ihre Wünsche entgegenzunehmen. Stadtverordnetenvorsteher Haß wies darauf hin, daß es nicht Sache des Unterausschusses der Stadtverordneten sei, derartige Abordnungen zu empfangen. Als die im Foyer wartenden Massen von diesem ablehnenden Bescheid erfahren hatten, drangen etwa 50 bis 60 Personen mit ihren Führhunden in den Sitzungssaal ein, wobei es zu tumultarischen Szenen und erregten Zurufen kam. Besonders deutlich war der Ruf „Hunger“ zu hören. Es gelang schließlich dem Stadtverordnetenvorsteher, die Ruhe wieder herzustellen, mit der Zusicherung, daß Oberbürgermeister Dr. Sahn sofort eine dreigliedrige Abordnung der Demonstranten empfangen werde. Darauf verließen die Demonstranten den Sitzungssaal und begleiteten ihre Deputation zum Oberbürgermeister. Es fand eine längere und eingehende Aussprache beim Oberbürgermeister statt, der die Wünsche auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung entgegennahm. Darauf wurde den im Foyer Harrenden von der

Abordnung Bericht erstattet, die am Schluß in einem scharfen Protest ausklang gegen die Art der Behandlung, die die Wohlfahrtserwerbslosen durch den Magistrat erfahren. Die Demonstranten verließen darauf das Rathaus.

Tatsachen über Rußland

Die Skepsis, mit der man in einem Vortrag über Sowjetrußland, vermittelt durch die „Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur“, geht, erwies sich am Montagabend als vollkommen ungerechtfertigt.

Karl Bangert vermittelte seinen Zuhörern, gestützt auf reiche Reiseerfahrungen in der Sowjetunion, ein durchaus objektives und aufschlußreiches Bild von den russischen Verhältnissen. Er machte interessante, einem größeren Publikum weniger bekannte, Mitteilungen über das Verhältnis der einzelnen Republiken zur Gesamtunion, charakterisierte Verfassung und staatlichen Aufbau, schilderte die Rolle der Partei und der Räte im Staatsmechanismus. Der zaristischen Anarchie der Vorkriegszeit mit ihren Unterdrückungs- und Verdummungsmethoden (85 Prozent Analphabeten!) stellte er jenes sozialistische Rußland gegenüber, das in harter Arbeit auf den Trümmern einer von weißgardistischer Zerstörungs-

Es wird nicht das letztmal sein, daß den Herren des Berliner Magistrats das Wort „Hunger“ entgegenschallt. Die Lage der Wohlfahrtserwerbslosen ist so verzweifelt, daß sofort eine erhebliche Erhöhung der Unterstützungssätze erfolgen muß.

wut im Bürgerkrieg vernichteten Wirtschaft aufgebaut werden mußte. Bangert wies auch die Berechtigung der Tscheka nach, jener politischen Geheimpolizei gegen Konterrevolution, Spekulation und Sabotage, welche die bürgerlich-sozialdemokratische Lügenfront heute immer noch als Kinderschreck in ihrer Propaganda benutzt. Er ließ Zahlen und Tatsachen sprechen, korrigierte falsche Ansichten und beseitigte dumme Vorurteile. Ein objektives Bild von der UdSSR bedeutet immer eine Rechtfertigung des als gelungen anzusehenden, großartigsten Experiments der Weltgeschichte.

Wir gratulieren dem Vortragenden und der durchaus bürgerlichen Gesellschaft zu dem Mut, den diese Veranstaltung im Rathaus erforderte.

Jener verblödeten Kleinbourgeoisie nazifischer und reformistischer Couleur jedoch dürfte in ihrem sturen Sowjethaß bald unbehaglich zumute werden. H. Duchstein.

Jagd nach dem Mörder von Moabit

Die Ermittlungen der Polizei zur Aufklärung der politischen Bluttat in Moabit, wo am Sonntag der Nationalsozialist Norikus tödlich verletzt wurde, haben bisher zur Festnahme von sechs Personen geführt.

Ob sich der eigentliche Täter unter ihnen befindet, müssen die weiteren Nachforschungen ergeben.

Die Pistole als Argument

In der Ruppiner Straße wurde Dienstag mittag vor dem Hause Nr. 23 der 28 Jahre alte Elektriker Bruno Schelske im Verlauf eines Streites von dem 31jährigen Kellner Johann Bardke durch einen schweren Bauchschuß niedergestreckt. Er mußte in bedenklichem Zustand in das Lazarus-Krankenhaus geschafft werden. Der Täter wurde durch Beamte des Polizeireviere festgenommen und wird dem Polizeipräsidium eingeliefert werden. Zwischen Frau Schelske und der Mutter Bardkes, die Wohnungsnachbarn sind, war es vor der Haustür aus bisher nicht näher geklärten Gründen zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Ehemann und Sohn waren plötzlich auch zur Stelle und mischten sich in diesen Streit der beiden Frauen ein. Es kam zu einem immer erregteren Wortwechsel, bis schließlich Bardke eine Pistole aus der Tasche zog und blindlings den Schuß auf seinen Gegner abgab.

Opfer der Scheidungs-Justiz

In Charlottenburg in der Waitzstraße, in der Nähe des Kurfürstendamms, ereignete sich Montag mittag eine blutige Familientragödie. Im Verlauf einer heftigen ehelichen Auseinandersetzung griff die 47jährige Ehefrau Berta Dosing zu einem Trommelrevolver und gab einen Schuß auf ihren Ehemann ab, der mit einem Brustschuß zusammenbrach. Das Ehepaar lebte seit längerer Zeit in Scheidung, und Montag war es wiederum zwischen Mann und Frau zu heftigen Szenen gekommen.

Autojagd

In der Schönhauser Allee beobachtete am Montag in den späten Abendstunden ein Motorradfahrer, wie sich vier Männer in verdächtiger Weise an einer Limousine zu schaffen machten und davonfuhren. Er teilte seine Beobachtungen sofort einem Schutzpolizeibeamten mit, der mit ihm zusammen auf dem Soziussitz die Verfolgung der Autoräuber aufnahm. Die Diebe bemerkten bald, daß sie von dem Motorrad verfolgt wurden, gaben Vollgas und versuchten, zu entkommen. Es entwickelte sich nun eine wilde Jagd, die

Polizei demonstriert im Wedding

Die Beisetzung des ermordeten Genossen Klemke

Die Beisetzung des ermordeten kommunistischen Genossen Klemke wurde von der Polizei zu einer imposanten Kundgebung ihres Waffenarsenals ausgenutzt. Als äußere Veranlassung dienten die Flugblätter der KPD, die zu Protestdemonstrationen am Nettelbeckplatz aufriefen.

Bereits am Nachmittag, gegen 17 Uhr, sperrten Detachements die einzelnen Straßenzüge ab und sorgten dafür, daß die angesammelte Menschenmenge sich in ständiger Bewegung befand.

Die Ansammlungen selbst rechtfertigten in keiner Weise dieses militärische Aufgebot. Am Nettelbeckplatz und auf der Chausseestraße, wo die meisten Menschen sich zusammengeballt hatten, war trotzdem von einer „Verkehrsbehinderung“ nichts zu bemerken, und die Seitenstraßen um den Wedding waren teilweise fast überhaupt menschenleer.

Vereinzelte rote Trauerfahnen wehten in den Straßen.

Die Haustüren und Toreingänge waren dicht von Menschen belagert, die nach den Manövern der Polizeistreitkräfte Ausschau hielten. Die wenigen Passanten in den halbdunklen Seitenstraßen gingen sehr eilig. Fortgesetzt mußten Sperrketten passiert werden, Polizeibeamte, die in wenigen Schritten Entfernung voneinander standen und jede irgendwie verdächtige Gestalt, die ins „Kampfgelände“ zu kommen suchte, peinlichst verhörten. Ununterbrochen waren Streifenwagen und berittene Patrouillen unterwegs. Scheinwerfer blendeten durch die Straßen. In der Lindower Straße stand eine starke berittene Reserve.

Das Verhalten der Polizei war durchaus verschieden. Viele der unteren Beamten zeigten sich bemüht, die Situation durch zurückhalten des Benehmen zu entspannen, gaben wohlmeinende Ratschläge für den Weg durch die Sperrn, drückten oft mehr als ein Auge zu. Es gab nur wenig Zwischenfälle.

Am Nettelbeckplatz und am Courbiereplatz wurden mehrmals Versuche zur Demonstrationbildung verhindert. Mehrmals auch — auf Spezialkommando — Attacken gegen Demonstrationen unternommen, die außer den Offizieren niemand bemerkte.

An der Chausseestraße jagte eine Reiterstreife mitten in die Gehbahn, vier, sechs, acht Beamte trabten im Laufschrift hinter den erregt zwischen den auseinanderspritzenden Menschen umhertänzelnden Pferden her, lange Gummipeitschen schwingend.

„Wollen Sie weitergehen?“ Der Verkehr war dichter als gewöhnlich, aber weder eine Ansammlung, noch eine Demonstration. Trotzdem ununterbrochene Angriffe, erregt und erbittert beantwortet von Nieder-Rufen der Fliehenden.

Die Mehrzahl verhielt sich passiv.

An der Trauerfeier im Krematorium nahmen etwa 1500 Genossen teil.

Zahlreiche Vertreter proletarischer Organisationen sprachen am Sarge des Genossen Klemke.

Genossen der Sozialistischen Arbeiterpartei legten im Auftrage des Bezirksverbandes Berlin der SAP einen Kranz an das letzte Lager des Gemordeten.

Und unter dem Gesang der Internationale trat das Opfer des gelben Terrors den letzten Weg in die Flammen an.

Wenn die Lebenden verstehen, aus dem Tode der zahllosen Genossen, die gemeuchelt wurden, eine Lehre zu ziehen, wenn sie, ohne Rücksicht auf Parteibücher und -Abzeichen sich die Hände reichen über dem offenen Grab ihrer Erschlagenen zu einem Gelöbniß gemeinsamen Kampfes, sind auch die schwersten Opfer nicht umsonst gebracht. Sie werden auferstehen!

Aus der Mark

Landbund nationalsozialistisch

Die Neuwahlen der Landbundvorstände ergeben in den meisten Bezirken der Mark nationalsozialistische Führung und entsprechend einen Führerwechsel. Die Deutschnationalen sind ausgeschaltet.

Trebbin

Schipp, schipp, hurra! Hier in Trebbin wird seit längerer Zeit an dem Segelfluggelände herumgearbeitet. Alles ging bisher recht gemächlich zu, doch wird man jetzt energischer, denn es werden Flieger gebraucht. (Wozu?) Das Landesarbeitsamt hat deshalb dem „Sturmvogel“ 28 000 RM. überwiesen zur Beschäftigung erwerbsloser Jugendlicher (welch eine schöne Umschreibung!). Was hinter dieser „Beschäftigung“ steht, ist weiter nichts als „freiwilliger“ Arbeitsdienst. Wir haben es weit gebracht, daß der Flugverband der Werktätigen diese faschistischen Methoden einführt. In nächster Zeit sehen wir also etwa 100 Jugendliche mit Schippe und Hacke die Flugbahn bearbeiten. Vier Stunden am Tage sollen sie schuften, die übrige Zeit gehört der flugsportlichen Ausbildung. Zwei RM. Taschengeld, Verpflegung usw. erhalten sie. Die Nazis werden sich bestimmt ärgern. Die deutsche Seele wird ihnen kochen vor Neid. Sie kommen ja zu spät mit dem Dritten Reich. Alle ihre Erfindungen sind schon längst eingeführt. Nur die undankbaren Arbeitslosen meckern dagegen, doch will man — wie man sagte — diese Wut austrauschen lassen, und dann ist alles wieder gut. Es wird die Aufgabe der Trebbiner SAP-Gruppe sein, diese Angelegenheit aufmerksam zu verfolgen und erforderliche Schritte einzuleiten, auf daß diese Wut nicht verirausche!

Driesen

Kommunisten verurteilt. Vor der Strafkammer in Landsberg standen mehrere Kommunisten aus Driesen, die im November vorigen Jahres bei der Beerdigung der Frau eines Genossen vor dem Friedhof Zusammenstöße mit der Partei hatten. Sie wurden zu je 80 M. Geldstrafe und zu 9, bzw. 8 Monaten Gefängnis verurteilt.

Eberwalde

13 500 Arbeitslose. Mit dem 1. Januar ist die Zahl der Erwerbslosen um 1300 auf 13 500 gestiegen. Am 15. Januar 1931 waren 10 500 erwerbslos, am 15. Januar 1930 6500 Personen, am 15. Januar 1929 7000 Personen.

Finow

Arbeitersportverein 70 Prozent Mitgliederzunahme. In der Generalversammlung des Arbeitersportvereins „Fichte“ wurde eine Mitgliederzunahme für 1931 um 70 Prozent festgestellt. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt.

Finowfurth

Der Streik der Zimmerer beim Schiffshebewerk geht weiter.

Landsberg a. d. W.

Jeder vierte Einwohner Wohlfahrtsunterstützter. In der Stadtverordnetensitzung gab der Oberbürgermeister bekannt, daß jeder vierte Landsberger Einwohner Wohlfahrtsunterstützung bezieht.

Guben

Preiserhöhungen. Die Stadtverordneten beschloßen, den Preis für Sammelfahrtscheine (6 Fahrten) auf 80 Pfennige festzusetzen. Für die Elektrizitätsabnehmer wurde der Tarif der Märkischen Elektrizitätswerke eingeführt. Es müssen Pauschale und 15 Pfennige für die Kilowattstunde gezahlt werden. Die Abnehmer insgesamt sparen dadurch 125 000 M. jährlich.

bis zum Oskarplatz führte. Hier bogen die Flüchtenden in die Parkanlagen ein, um im Schutz der Dunkelheit schneller verschwinden zu können. Dabei fuhr das Auto gegen ein Schutzgitter der Rasenflächen, mußte halten, und die vier Insassen flüchteten in alle Richtungen.

Den Verfolgern gelang es jedoch, einen von ihnen festzunehmen.

Die Pelzjäger

Eine aufregende Jagd spielte sich Dienstag morgens in der Leipziger Straße ab. Ein Hauswächter hatte zwei Männer bei einem Schaufensterbruch in das Pelzhaus Schönborg überrascht. Es gelang den Tätern zunächst, in das Haus Nummer 98 auf der gegenüberliegenden Straßenseite zu flüchten. Dort versuchte der Wächter durch Abgabe von Schreckschüssen die Einbrecher zu stellen.

Der eine von ihnen lief jedoch wieder auf die Straße und teilte einem durch die Schüsse aufmerksam gewordenen Schutzpolizisten mit, daß es im Hofe dieses Hauses zwischen zwei ihm unbekanntem Leuten zu einer Schießerei gekommen sei, er möge doch mal nach dem Rechten sehen.

In dem Augenblick erschien der Wächter, dem der andere Einbrecher inzwischen auf dem Wege über die Hausdächer unter Mitnahme des gestohlenen Pelzes entkommen war, und orientierte den Beamten über den tatsächlichen Sachverhalt.

Der freundliche Auskunftgeber vor der Haustür versuchte nun in Richtung Charlottenburg zu flüchten, konnte aber schließlich, nachdem der Beamte zwei Schreckschüsse abgegeben hatte, festgenommen werden.

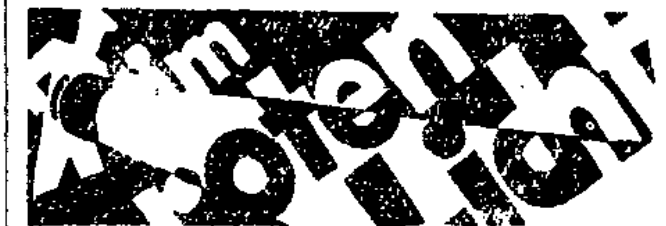
Der rabiate Badeofen

In der Nacht zum Dienstag explodierte in der Wohnung des Kaufmanns Eule plötzlich der Badeofen. Eine große Stichflamme schoß aus dem mit Kohle geheizten Badeofen und erfaßte die Frau des Kaufmanns, die leichte Brandwunden am Unterarm davontrug. Durch die Gewalt der Explosion wurde eine Seitenwand des Badezimmers eingedrückt und auch zwei andere Wände leicht beschädigt.

Die Ursache der Explosion ist vermutlich in einer Entzündung von Kohlenoxydgas zu suchen.

Garderobenabgabenzwang in den Berliner Theatern fällt fort

In Verhandlungen des Preissenkungskommissars mit den Berliner Theatern ist vereinbart worden, daß ein Zwang auf Garderobenabgabe und zum Kauf von Programmen nicht mehr bestehen soll. Abzugeben an der Garderobe sind lediglich Schirme, Stöcke, Säbel. Die Theater werden ferner auch die Programme mit Personenverzeichnissen auf den Theatergängen zum Aushang bringen.



Der bei den Zusammenstößen in der Kolonie Felsenack erstochene Nationalsozialist Schwarz wurde am Dienstag nachmittag auf dem Hermsdorfer Friedhof beigesetzt.

Vor dem Arbeitsamt Bernau entstanden am Montag zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, die auf die Auszahlung ihrer Unterstützung warteten, Streitigkeiten, die sich auf dem Marktplatz und in der Innenstadt fortplanten.

Da nicht sogleich Polizei zum Einschreiten bereit war, gab es bei den Schlägereien mehrere Verletzte, die sich in ärztliche Behandlung begeben mußten. Später erschien Polizei und nach Bernau zusammengezogene Landjäger, die die kämpfenden Gruppen vor dem Arbeitsamt auseinandertrieben und zerstreuten. Gegen Mittag war die Ruhe in der Stadt wiederhergestellt.

Kottbus

Mehrleistungen fallen fort. Die Allgemeine Ortskrankenkasse hat beschlossen, ab 1.2.32 die Beiträge auf 5 Proz. vom Grundlohn festzusetzen. Angestellte, die im Krankheitsfall den Lohn vier Wochen weiter bezahlt erhalten, zahlen nur 4½ Proz., bei länger als vier Wochen während der Weiterzahlung des Gehalts 4 Proz. Die Mehrleistungen fallen fort. Das sind: Verlängerung der Bezugsdauer von 26 auf 39 Wochen, Familienzuschläge, erhöhtes Hausgeld, Taschengeld für ledige Versicherte im Krankenhaus, Zuschüsse zum Zahnarzt, Hilfsmittel gegen Verunstaltung und Verkrüppelung, Genesenden-Fürsorge, Schwangerengeld, Sterbegeld usw. Alles im Zeichen der tolerierten Notverordnung.

Premnitz

Die Erwerbslosen fordern Einheitsfront. Ueber 20 Erwerbslose, das ist die übergroße Mehrzahl, füllten am Donnerstag die Nachmittagsversammlung. Genosse Meschkat sprach über das Thema: „Warum bin ich erwerbslos?“ Die Ursachen und Auswirkungen der Weltkrise weisen darauf hin, daß unsere Zeit von der Niedergangskrise des Kapitalismus erfaßt ist. Der Sozialismus, die Gemeinwirtschaft allein bleibt als rettender Ausweg. Die Einigung der Arbeiterklasse ist Vorbedingung des Siegs, wie die Zerrissenheit die Niedriglage verschuldete. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen. Genosse Rulf vom Leninbund unterstrich zustimmend die Ausführungen des Referenten und sprach für Annahme der Resolution. Im Anschluß an die Aussprache wurde ein Erwerbslosenausschuß gewählt, dem die Genossen Rulf, Schneider, Fischer und Schiemann angehören. Sie werden den erwerbslosen Genossen zum Zwecke der Beratung und Unterstützung an jedem Donnerstag im Anschluß an die Stempelzeit zur Verfügung stehen. In der Versammlung kam der Wille, einig in den freien Gewerkschaften zu arbeiten, aber für eine Aenderung der Ausweichtaktik einzutreten.

Sportschau der SAZ

„Freie Faltbootfahrer“ gegen falschen Kurs

Ein vernünftiger Beschluß

Am Donnerstag fand die Generalversammlung der „Freien Faltbootfahrer Berlin e. V.“ statt. Zu dieser Versammlung hatten Genossen der Gruppe Süd-Ost der FFB einen Antrag gestellt, der verlangt, daß in Zukunft die Veranstaltungen des Vereins auch in der SAZ angezeigt werden.

Der Antrag war zum größten Teil von Genossen der SPD unterzeichnet, die vorsichtig genug waren, die Genossen der SAP nicht als Mitglieder zweiter Klasse behandelt zu wissen. Da auch in der Begründung des Antrags jede Schärfe vermieden wurde und den Genossen dargestellt wurde, um was es eigentlich geht, war es nicht wunderzunehmen, daß dieser Antrag mit 87 gegen 37 Stimmen angenommen wurde.

An diesem Ergebnis vermochten selbst einige recht fragwürdige Behauptungen von Seiten der SPD-Genossen (Stellung der SAP zur Roten Sport-Internationale) nichts zu ändern. Allerdings konnte man am Schluß der Versammlung einige recht schalige Bemerkungen einiger überreiferer SPD-Genossen hören, die da meinten, die Mehrheit der Versammlung sei mit diesem Antrag auf jeden Fall zu tolerant gewesen.

Die vernünftige Haltung der Mehrheit des Vereins in der Pressefrage hat den Weg freigemacht für ein weiteres ersprießliches Arbeiten im Interesse des Arbeitersports. Und alle, die glaubten, daß nun ein ewiger Streit in den Gruppen der FFB herrschen werde, werden sich bald eines anderen überzeugen müssen. Allerdings können die Genossen der SAP Äußerungen nicht zulassen, wie sie der Genosse Alfred Hennig in seinem Brief an die Mitglieder einer FFB-Gruppe geäußert hat: „Der FFB bleibt nach wie vor sozialdemokratisch (!)“. Daß die Mitglieder alles andere als eine Parteilinie wollen, hat die Generalversammlung zur Genüge gezeigt.

Wer wird Sächsischer Kreismeister?

Niederhaußlau hat beste Aussichten

Bei den Ausscheidungsspielen um die Kreismeisterschaft ging es nicht ganz programmäßig ab. So bedeutete das Ausscheiden des Dresdner Meisters Potschappel am ersten Spieltage eine unliebsame Überraschung. Das aber Gornsdorf, der Favorit, ins Hintertreffen geriet, hatte niemand erwartet. So entpuppten sich dann als Gruppenbeste die Meister des 1., 6. und 11. Bezirks. VfK Südwest, Niederhaußlau und VfB. Riesa spielen nach Rundensystem den Kreismeister aus.

Am kommenden Sonntag stehen sich bereits VfB. Riesa und Niederhaußlau in Niederhaußlau gegenüber. Niederhaußlau berechtigt nunmehr zu größten Hoffnungen auf den Titel. Riesa dürfte trotz großer Anstrengung doch nur als Punkthelfer in Frage kommen, und so am Sonntag bereits die erste Niederlage einstecken müssen.

Wir werden darüber berichten. kzd.

Handball in Südwestsachsen

Unter den zahlreichen und guten Spielen des Sonntags steht wohl an erster Stelle das zwischen Planitz I und Wilkau I, das 8:6 (5:1) für Planitz endete. Nicht zum ersten Male zeigte sich hier, daß die bessere Stürmerleistung dem besseren Feldspiel überlegen war. Schon gleich zum Anfang waren Wilkaus Angriffe wenig gefährlich. Die Wilkauer kamen zwar in des Gegners Strafraum, doch der Mittelstürmer verstand es nicht, seine Nebenleute frei zu spielen, und so konnten die Planitzer immer dazwischenfahren. Deren Angriffe dagegen waren schnell und überlegt, und ihr Sturmführer brachte so, seine Leute immer freispielend, den Ball gut vor das Tor, wobei die Stürmer nicht mit Torschüssen sparten. Die Fehler der Wilkauer brachte den Planitzern bis zur Halbzeit eine doch etwas unverdiente Führung, die nach der Halbzeit einigermaßen ausgeglichen wurden. — Zwischen Werdau I und den Turnern Crimmitschau entspann sich ein zäher, ausgeglichener Kampf, der 4:4 endete. Der Platzbesitzer

Die schönsten Fußballspiele des Sonntag

Eintracht-Reinickendorf schlägt Luckenwalde 5:3 (3:1)

Nachdem wir bereits gestern kurz über das Spiel berichtet, bringen wir heute den angekündigten längeren Spielbericht:

In folgender stärkerer Aufstellung traten beide Mannschaften an:
Luckenwalde I: Wendland; Otterstädt; Lohmann; Türke; Grassow; Hennig; Schmidt; Krüger; Bubener; Stehert; Walter.

Eintracht: Benedix; O. Müller; Römer; Marquardt; Fromhagen; Schimmack; Dörfer; Rasch; Roske; B. Müller; Lange.

Gleich vom Anstoß weg entwickelte sich auf dem durch die vielen Vorspiele stark in Leidenschaft gezogenen Platz ein der schnellsten und schönsten Spiele, die Berlin seit Jahren gesehen hat. Eintracht ist von Anfang an überlegen und macht der Luckenwalder Verteidigung schwer zu schaffen. Einer der gefährlichsten Durchbrüche Ls führt durch schlechte Abwehr des neuen Eintracht-Torwächters beinahe zu einem Tor. Die Stürmerreihe der Berliner spielt sich immer wieder frei, aber doch zu eigenmächtig für die geschickte operierende Verteidigung der Gäste. Ein Erfolg versprechender Alleingang des Rechtsaußen bringt nichts ein. Was vorzusehen war, geschieht: Der rechte Flügel Luckenwaldes ist unbewacht, bricht durch und erzielt den Führungstreffer. Der Druck der Reinickendorfer wird immer stärker, Ecke folgt auf Ecke, und endlich in der 32. Minute rutscht ein Schuß an Wentorf vorbei über den Kopf des einen Verteidigers unter die Latte. Ehe sich die Luckenwalder Verteidigung darüber schlüssig ist, wer die Schuld an

diesem halben Selbsttor trägt, steht es 2:1, durch flachen Paß in die rechte Ecke. Schüsse aus 3 Meter Entfernung hält der Internationale Luckenwaldes in bestechender Manier. Das Verhängnis für die Gäste naht in der 41. Minute: Ein Hand-Elfmeter verwandelt der Mittelstürmer unhaltbar.

Halbzeit 3:1.

Nach dem Wechsels folgt auf ein kürzeres Geplänkel ein überraschender Durchbruch des rechten Flügels Eintrachts, der Schuß aus 12 Meter Entfernung ist für den Tormann zu scharf und prallt ins Tor. L gibt sich jedoch keineswegs geschlagen, hat aber Pech und den Torpfosten zum Gegner. In der 61. Minute kommt der schnelle Linksaußen Dörfer an der stark nachlassenden Läuferreihe Ls gut vorbei und Rasch kann von halblinks an dem schlecht stehenden Wentorf vorbei einsenden. E. läßt jetzt nach, während L. noch einmal alle Kraft aufbietet und mit Hilfe der jetzt leichtsinnigen Verteidigung der Gelben innerhalb 5 Minuten 2 Tore aufholt.

E. hat verdient gewonnen infolge des größeren Stehvermögens der Mannschaft. Ihre Einzelleistungen waren glänzend, rechter Verteidiger, Mittellauf und Linksaußen stachen besonders hervor. Ls Läuferreihe war diesmal schwächer und dem Tempo nicht immer gewachsen. Die Außenleute waren flink, jedoch zu wenig beschäftigt. Wentorf meisterte sehr schwierige Bälle, flache Ball scheinend jedoch nicht seine starke Seite zu sein.

Adler 08—Teltow 7:3

Adler beherrscht nach 10 ausgeglichenen Minuten vollkommen das Feld. Pausenstand 2:0 durch Rechtsaußen und Selbsttor. Nach

scheint aus den letzten Spielen die notwendigen Lehren gezogen zu haben. — Zwickau konnte Niederhaußlau mit 6:2 schlagen. Den Haßlauern lag noch die Spielpause in den Knochen. Bis zur Halbzeit war das Spiel ausgeglichen, was auch das Resultat 2:2 ausdrückt. Nach Seitenwechsel begann Zwickau entschlossener zu handeln, und bei Haßlau verschwand das Verstehen in der Stürmerreihe. — Friedrichsgrün I mußte sich Stöcken I mit 4:12 beugen, ein Resultat, das nicht ganz dem Spielverlauf entspricht. — Die zweite Mannschaft der Crimmitschauer Turner hatte Cainsdorf zu Gäste und verlor 7:9. Die erste Halbzeit ließ eine klare Überlegenheit der Gäste erkennen, was auch der Stand 1:7 widergibt. Nachher dominierte Crimmitschau. Reinsdorf I schlug Oberreichenbach überraschend 8:0. Das Spiel Planitz a. M. gegen Wilkau a. M. mit dem Resultat 5:3 wurde übermäßig hart durchgeführt.

Weitere Spiele: Planitz II—Wilkau II 3:12; Reinsdorf II—Oberreichenbach II 0:3; Crimmitschau III—Cainsdorf II 1:6; Zwickau III—Lichtentanne II 1:5; Zwickau II gegen Haßlau II 7:1. — Jugend: Planitz—Wilkau II 2:6; Friedrichsgrün—Stöcken I 1:16; Zwickau—Haßlau 7:1.

Sport im Vogtland

Handball vom Sonntag

1. Abt. I—Schwimmer 1 5:8 (1:4). Wiederum haben die Schwimmer überrascht. Die letzten 5 Minuten brachten den Schwimmern durch gutes Zusammenspiel den verdienten Sieg. — Haselbrunn I—Haselbrunn 3 8:5 (5:2). Der längeren Spielerfahrung der 1. Mannschaft mußte sich die 3. Mannschaft beugen. — Haselbrunn Jgd.—5. Abt. Jgd. 2:0 (1:0). — Schwimmer 2—2. Abt. 2 6:7 (0:4). — 5. Abt. 2—Haselbrunn 2 2:2 (2:0). — 4. Abt. I—5. Abt. I 5:2 (3:1). — Im Raffball siegte IV. I 1 über Jahn I mit 6:4 (3:1) Toren.

Hessen und Hessen-Nassau

Nauheim und Egelsbach Bewerber um die Kreismeisterschaft.

Die beiden Frankfurter Vereine erlitten am Sonntag erneut Niederlagen; neben Bockenheim liegt nun auch VfL 13 vollkommen aussichtslos im Rennen um die Meisterschaft des

9. Kreises. Nach Beendigung der Vorrunde zeigt die Tabelle folgendes Aussehen:

Vereine	Sp.	gw.	u.	vl.	Tore P.
TuSV. Nauheim	3	2	1	—	15:6 5:1
ATuSV. Egelsbach	3	2	1	—	10:5 5:1
VfL 13 Frankfurt	3	1	—	2	5:8 2:4
FRT.Ffm.—Bockenheim	3	—	—	3	3:14 0:6

Mit den Spielen VfL 13—Nauheim und Egelsbach—Bockenheim beginnt am kommenden Sonntag die 2. Runde.

ATSV. Egelsbach—VfL 13 Frankfurt a. M. 3:2 (1:0). Vor 600 Zuschauern lieferten sich beide Mannschaften einen ausgeglichenen Kampf. Die Platzbesitzer siegten dank ihres durchschlagskräftigen Antritts, während die Frankfurter Stürmer wohl gut kombinierten, doch im Auswerten der Chancen schwach waren. Mit etwas mehr Glück hätten die Frankfurter einen Punkt holen können.

TSV-Nauheim—FRT-Frankfurt-Bockenheim 8:2 (2:1). Durch eine hervorragende Angriffsleistung schickte der Platzverein auch den zweiten Frankfurter Vertreter hoch geschlagen nach Hause.

Meisterschaftsspiele in den Bezirken.

In der 2. Klasse des 1. Bezirks wurde Büttelborn durch den 7:1-Sieg Messels gegen Seeheim Meister. — In den Aufstiegs-spielen des 2. Bezirks ist Frankfurt-Nieder-rad durch ein 4:0 in Eschborn hoher Favorit geworden. — Ein rückständiges Serienspiel im 4. Bezirk sah Roßdorf mit 2:1 über Windecken erfolgreich.

Privatspiele in Groß-Frankfurt.

FrSpV 94 Sachsenhausen konnte in einem spannenden Kampfe dem vorjährigen Kreismeister SpVgg 19 Urberach ein 3:3 abringen. — Die von Sieg zu Sieg eilende FRT Nord holte sich bei SpVgg Vorwärts mit 3:2 einen weiteren Erfolg, der dem Spielverlauf nach etwas zu knapp ausfiel. — ASV Westend hatte Griesheim 08 zu Gast und siegte nach torloser erster Hälfte mit 2:0. — Jask unterlag auf eigenem Platze der FRTgde Höchst 3:7. — Weitere Resultate aus dem 9. Kreis: Hanau 04—Roth 2:0; Kilianstädten—Mittelbuchen 4:2; Heusenstamm—Dudenhofen 4:0; Langendiebach—Hochstadt 7:1; Oberrodern—Michelstadt 0:4; Bürgel—Hausen b. O. 1:4; Büttelborn—Gr.-Gerau 4:2; Darmstadt—Eberstadt 4:0; Weiterstadt—Kl.-Gerau 6:0; Arheilgen—Gräfenhausen 3:0; Griesheim b. D.—Gr.-Zimmern 4:1; Rüsselsheim—Wallerstädten 2:1; Leun—Heuchelheim 1:3; Marburg—Zollar 8:1; Rodheim—Allendorf 2:1; Friedberg—Bad Homburg 3:4; Ober-Mörlen—Assenheim 1:2; Altenstadt—Merkenfritz 3:1.

den Wechsel zieht Adler auf 4:0 davon. Leichtsinnigkeit der Adlerläufer und Verteidiger verhilft Teltow zu 3 Treffern. Adler dreht zum Schluß mächtig auf. Mittelstürmer und Halblinks sorgen für das Endresultat. Da auch Adler in der Abteilung B durch einen Sieg über Teltow seine Spitzenstellung befestigte, stehen die Gegner für das Entscheidungsspiel um die Kreismeisterschaft nunmehr fest. Das Spiel wird voraussichtlich am 14. Februar auf dem gleichen Platz stattfinden. Wir werden die Mannschaften in der Vorschau ausführlich würdigen.

Weitere Ergebnisse: Lichtenberg I 1—Britz 88 1 2:4 (0:2); Lichtenberg I 2—Britz 88 2 3:3; Lichtenberg I 3—Britz 88 3 4:1; Lichtenberg I, Jgd.—Nowawes 1. Jgd. 1:1; Adler 08 II—Hansa II 2:6; Adler 08 III—Blankenburg 3:3; Adler Schüler—Hansa Schüler 0:2.

Organisationsnachrichten

SAP

Bezirksverband Berlin: Freitag, 29. 1., 19.30 Uhr, im Lokal Behrend, Timpstr. 3, Versammlung der im Kreisverband Berlin organisierten Genossen der SAP, Verbandlicher mitbringen.
Bezirksverband Berlin: SAP-Metallarbeiter-Versammlung (Donnerstag, 28. 1., 20 Uhr, im Lokal Walter, Königstr. 17).
Ortsgruppe Wedding: Mittwoch, 27. 1., 20 Uhr, M.-V. bei Brunsberg, Tietzstr. 71 Ecke Kunkelstraße.
Ortsgruppe Teltow: Mittwoch, 27. 1., 20 Uhr, M.-V. mit Gasten im Weiden Schwan, Ruhlsdorfer Platz. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Bezirksverband Berlin: Die für Donnerstag, 28. 1., festgesetzte große Funktorenversammlung fällt aus. Dafür erweiterte Bezirksvorstandssitzung um 20 Uhr bei Schulz, Ehsabethstr. 30 nahe Alexanderplatz.
Ortsgruppe Zehlendorf: M.-V. mit Gasten Mittwoch, 27. 1., 20 Uhr, im Lokal schmorre, Potsdamer Str. 3. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Ortsgruppe Friedrichshagen: Funktorenversammlung Mittwoch, 27. 1., 20 Uhr, im Lokal Krummarm, Meiner Straße 64. Teilnehmern aller Abteilungenleiter und Abteilungsleiter Pflicht.
Ortsgruppe Kreuzberg: M.-V. Mittwoch, 27. 1., 19.30 Uhr, bei Luck, Schönleinstr. 6. Thema: Bericht vom Bezirksparteitag, 2. Jahresbericht, 3. Wahlen, Mitgliedsbücher mitbringen.
Ortsgruppe Prenzlauer Berg: Öffentliche Versammlung Mittwoch, 27. 1., 20 Uhr, im Ledigenheim, Pappellallee. Thema: Der Faschismus muß geschlagen werden, die er zur Macht kommt. Es sprechen: Gen. Gostomski (SAP), Gen. Beck (KPD), Gen. Wankler (Leinbunde).
Ortsgruppe Pankow: Mitgliederversammlung am 27. 1. fällt aus. Wir betheiligen uns geschlossen an der Versammlung im Ledigenheim, Pappellallee 15, 19 Uhr. Funktoren bereits 18 Uhr. Nächste M.-V. am 3. Februar.
Ortsgruppe Reinickendorf: Mittwoch, 27. 1., 19 Uhr, bei Göhlich, Reinickendorf, Scharnweber-Ecke General-Barby-Str. Thema: Gewerkschaft und Faschismus.
Ortsgruppe Schöneberg: Mittwoch, 27. 1., 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Geil, Mersburger Str. 7. — Sonntag, 31. 1., Zeitungspropaganda. Treffen bei Geil, vorm. 10 Uhr.
Ortsgruppe Wedding: Bildungskursus Dora Fabian fällt morgen aus.
Bildungsoblate: Sonnabend, 30. 1., 17 Uhr, im Sekretariat, Prenzlauer Allee 34, Zusammenkunft.
Bezirksverband Berlin: Sportfunktionsäre-Versammlung Mittwoch, 3. 2., fällt aus. Näheres wird noch bekanntgegeben.
Bezirksverband Berlin: Alle SAP-Akt-Mitglieder und Verbandsfunktionäre Versammlung Sonnabend, 30. 1., 15 Uhr, im Lokal Schulz, Ehsabethstr. 30, nahe Alexanderplatz.

SJV

Mitteilungen der Bezirksleitung:

Arbeitslosenrat: Heim, Prenzlauer Allee 34, heute 11 Uhr. Thema: Antifaschistische Einheitskandidatur zur Präsidentenschaftswahl. — **Arbeitsgemeinschaft**, von 14—16 Uhr, anschließend an die Zusammenkunft der Arbeitslosenrat: „Strategie und Taktik des proletarischen Klassenkampfes“.
Gewerkschaftsausschuß: Heim, Prenzlauer Allee 34, 20 Uhr: Alle Genossen, die in der Gewerkschaftsarbeit stehen, alle Berufsschulvertrauensleute, Betriebsvertrauensleute kommen heute ins Sekretariat. Thema: „Der Kampf um die Gewerkschaften“.
EBL: Am Freitag, 29. Januar, im Sekretariat, 20 Uhr, Zutritt nur mit Einladungsschreiben.
Heute, Mittwoch, 27. Januar, 19.30 Uhr:
Ballenplatz: Heim, Tilsiter Str. 4: Völkerbund und Abrüstung.
Falkenberg: Heim, Gemeinschaftshaus: Tagespolitik.
Frankfurter Allee I: Heim, Lüttauer Str. 18, Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaft über: „Diktatur des Proletariats“.
Lichtenberg: Heim, Dosestraße: Proletarische Wehrhaftigkeit.
Siemensstadt: Heim wie bekannt: Tagespolitik.
Steglitz, Georg Ledebour: Heim, Albrechtstr. 47a: Tagespolitik.
Schönefelder: Heim, Zeppelinstraße, bei Joseph: Tagespolitik.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: W 111 Schaber, für Inserate: Johanna Hoffmann u. Verlag: Sichel Zeitungsverlagsges. m.B.H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16.

„SAZ. Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags.
Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel. Kurfürstengraben E 2 204.
Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kapfergraben E 2 2905.
Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition: RM 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2.50 und RM.—28 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2.10 und RM.—26 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2.10 monatlich zuzüglich RM 1.30 Porto.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.
Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sichel Zeitungsverlagsges.“, m. B. H., Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postfachkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 928.

Volkshöhne
Theat. a. Bülowl.
D 1. Norden 2946
Mittwoch, 9 Uhr:
Der Gefangene

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Tel.: E 7 Weichsel 3422
Mittwoch 6 Uhr:
Premiere
und 9 Uhr:
Der Bettelstudent
Donnerstag 6 15 Uhr:
Der Bettelstudent

Anzeigen-Werber Stärkt den Pressefonds

gesucht für Zusammenstellung von Bezugsquellenverzeichnissen einer Tageszeitung.

Höchste Provisionen, sofort bares Geld!

Angebote sind zu richten unter „Postlagerkarte Nr. 75“ Berlin SW 48

Tüchtiger Chauffeur
mit sämtl. Führerscheinen sucht per sofort Stellung. Sicherer In- und Auslandsfahrer, gewissenhafter Wagenpfleger (Schlosser und Elektriker). Unbestraft, absolut ehrlich, fleißig und pünktlich. Angebote unter „Chauffeur“ an die Sichel-Zeitungs-Verlagsges. m. B. H., Berlin O 27, Magazinstr. 15 16.

Kritik an den Programmen der deutschen Sozialdemokratie

übt Anna Siemsen im 4. Buch der „Roten Bücher“ der „Marxistischen Büchergemeinde“.

Es ist **ein Buch das jeden angeht!**

Bestellt sofort das 4. Buch der „Marxistischen Büchergemeinde“ von **Anna Siemsen** „Auf dem Wege zum Sozialismus“, Preis 4 T5, 1. Mitglieder der MBO. 3.— RM **Freie Verlags-Gesellschaft m. B. H.** Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkorso 67

Arbeitersportler! SAZ lest die

3 wichtige Broschüren!

Dr. Wilhelm Appens:
Charleville
Dunkle Punkte aus dem Etappenleben
Kartiert 40 Pfg.

Edo Fimmen:
Weitfriede und Arbeiterbewegung
(Die Aufgaben der Gewerkschaften)
Kartiert 10 Pfg

Soeben erschienen:
Wer war Schlageter?
Kartiert 20 Pfg.

Der neue pazif.-sozial. Pücher-Katalog wird an Interessenten kostenlos geliefert.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung der Deutschen Friedensgesellschaft**
Bund der Kriegsgegner Berlin W 57
Gulowstr. 105 Postcheck-Konto Berlin 115 607

Gerichtsnotorisch!

Otto Braun sorgt für die Junker.

Die Osthilfe-Politik der Preussischen Staatsregierung war Gegenstand eines Beleidigungsprozesses, der heute gegen den Verlagsleiter des Reichslandbundes, Dr. Walter Kluge, und gegen den Redakteur Karl Paczyna vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelt wurde. Anlässlich des Volksbegehrens zur Auflösung des Preussischen Landtags hatte die Zeitschrift „Der Reichslandbund“ einen Aufruf des Grafen v. Kalkreuth, des Präsidenten des Reichslandbundes, veröffentlicht, in dem

der Preussischen Regierung bewußte Sabotage der Reichsosthilfe zum Vorwurf gemacht wurde. Ministerpräsident Braun und die Preussische Staatsregierung stellten daraufhin Strafantrag wegen grober Beschimpfung und böswilliger Verächtlichmachung.

Das Gericht verurteilte die Angeklagten wegen gemeinschaftlicher öffentlicher Beleidigung, und zwar den Redakteur Paczyna zu 1000 Mark und den Verlagsleiter Dr. Kluge zu 500 Mark Geldstrafe.

Der Prozeß gegen die Devisenschleier

Wird ihnen was passieren?

Die Devisenschleier-Affäre scheint hauptsächlich in Süddeutschland noch weitere Kreise zu ziehen, und zwar sind die Ermittlungen auch auf München und Speyer ausgedehnt worden. Man sieht in der Bankwelt diesem ersten großen Prozeß auf Grund der Devisenordnung mit begrifflicher Spannung entgegen, weil die Entscheidung des Gerichts von prinzipieller Bedeutung sein wird.

Wer schreibt Brünings Briefe?

Ueber das Zustandekommen des Antwortbriefes des Reichskanzlers an Herrn Hitler wird in Kreisen des Reichsinnenministeriums behauptet, daß diese Behörde auch mit der Bearbeitung des verfassungsrechtlichen Teiles des Schreibens nur formal befaßt war. Entwurf und teilweise auch Stilisierung aber gingen aus von einer Stelle, die dem Reichsinnenministerium nicht angehört, die aber bei der Entwicklung der Angelegenheit maßgebend beteiligt war.

Es ist das ein deutlicher Hinweis auf den Generalmajor Herrn von Schleicher, der als Chef des Ministeriums im Reichswehrministerium seit der Betrauung des Reichswehrministers, Herrn Groener, mit den Geschäften des Innenministers auch in dessen neuem Geschäftsbereich als zentraler spiritus rector angesehen wird. In dem speziellen Falle des Hitlerbriefes und seiner Beantwortung spielt Herr von Schleicher eine Doppelrolle. Er hat die Verbindung zwischen Regierung und NSDAP in der Frage der Präsidentenwahl angeknüpft, die personell zu Niederlagen auf beiden Seiten, parteipolitisch zur parlamentarischen Anerkennung des Bravohauptlings, der staatsrechtlich noch nicht einmal Deutscher ist, außenpolitisch zur neuen internationalen Erschütterung der Stellung der Regierung geführt hat. Nun war er in der Lage, den Briefwechsel auf beiden Seiten vorher kennen zu lernen und zu beeinflussen, der die eben skizzierten Tendenzen wiederum gefördert hat. — Herr von Schleicher kennt die Intentionen seines Chefs seit der gemeinsamen Tätigkeit im Hauptquartier von Kolberg genau.

Hitler kündigt die Zertrümmerung der Organisationen an

Im Zirkus Krone antwortete Hitler in einer nationalsozialistischen Versammlung auf den Brief Brünings. Dabei führte er u. a. aus: Die Regierung erkläre, das deutsche Volk werde diesen Winter schon noch überwinden. Das deutsche Volk werde noch mehr Winter überwinden, weil es das heutige System überwinden werde. Es sei aber sehr zu bezweifeln, ob die Parteien und Menschen, die letzten Endes dafür verantwortlich gemacht werden müßten, auch noch den nächsten Winter überleben würden. Es sei Zeit, daß diese Männer abtreten. Sie sagen: Wir gehen nicht. Wir sagen: Wir werden euch entfernen, so wahr wie wir hier stehen. Die Parteitürme Deutschlands, mögen sie heißen wie sie wollen, reißen wir ein. Wir werden sie zertrümmern und in Schutt schlagen und darauf den Turm der deutschen Nation aufbauen.

Sinkende Gold- und Devisenbestände

Im 3. Januar-Ausweis der Reichsbank treten erneut Gold- und Devisenverluste von insgesamt 13,39 Millionen RM. zutage, die im wesentlichen aus Zahlungen auf Grund der Stillhaltevereinbarungen entstanden sind. Die Deckung der Noten durch Gold und Devisen hat sich dagegen weiter von 25,6 auf 26,4 Prozent gebessert, da die gesamte Kapitalanlage erneut zurückgegangen ist.

Zu diesem Deckungsverhältnis gelangt man freilich nur, wenn man die der Reichsbank eingeräumten Rediskontkredite des Auslands mitberücksichtigt. Zieht man diese ab, dann schrumpft das Deckungsverhältnis auf weniger als die Hälfte zusammen.

Groeners Grundsätze

Von allen Ministern des Reiches entwickelt Groener seit einiger Zeit den größten Redeeifer. Das erklärt sich nicht nur daraus, daß in seiner Hand zwei Ministerien vereinigt sind. Sobald Groener spricht, dann ist es immer nur der Reichswehrminister, und zwar gleichgültig, ob er sich als Geschichtslehrer, Volksorator oder Politiker aufwirft. Auch der Kehrreim ist immer derselbe: Groener ist ein Mann des Rechts und der Gerechtigkeit, und darum drückt ihn in dieser harten und grausamen Zeit nur die eine Sorge, daß Deutschland im Schoße der Völker das gleiche Recht verwehrt sei. Man könnte einwenden, daß es — gerade in dieser Zeit — noch einige dringlichere Sorgen für einen deutschen Minister gebe. Man könnte auf das Sechsmillionenheer der Arbeitslosen verweisen und einem Minister die Frage stellen, über welche Pläne er verfügt, um der wachsenden Verelendung zu steuern. Doch wenn schon die anderen Minister, die nicht wie Groener früher Generalsuniform getragen haben, darüber schweigen, dann erscheint Groener wohl legitimiert, diese Probleme ebenfalls zu ignorieren.

Wie dem sei: Groener bewahrte bei dieser seiner neuesten Erklärung immerhin etwas mehr Ruhe und Höflichkeit und polterte nicht so mit Beschimpfungen herum wie noch vor wenigen Tagen. Er sprach nicht von Lügen und Fälschungen, sondern stellte nur die Richtigkeit der in Frankreich erst kürzlich wieder aufgestellten Behauptungen über angebliche Geheimrüstungen in Abrede und sprach ihnen „den geringsten Wahrheitsgehalt“ ab. Allerdings richtete Groener seine

Erklärungen diesmal auch nicht vornehmlich an das Inland mit der hierbei für einen deutschen Minister unvermeidlich gewordenen Blickwendung zu Hitler, sondern sie fielen im Gespräch mit einem leibhaftigen Franzosen, und zwar dem Berliner Vertreter der Pariser „Volonté“. Dieser hatte Groener im Hinblick auf die bevorstehende Abrüstungskonferenz aufgesucht, um offenbar von autoritativer Stelle, als die Groener ja wohl ohne Zweifel anzusprechen ist, die deutsche Auffassung zu hören. Nun, die Weisheit, mit der der Reichsminister den französischen Interviewer entließ, hat den Gang nicht gelohnt. Groener wiederholte zum x-ten Male seinen Grundsatz vom gleichen Recht:

„Deutschland kann nur eine Abrüstungskonvention unterschreiben, welche dem großen Grundsatz der Gleichberechtigung aller Staaten Rechnung trägt und eine wirkliche Abrüstung verbürgt.“

Groener weiß natürlich, was dieser Satz praktisch meint. Da Gleichberechtigung in der kapitalistischen Welt so wenig zu haben ist wie „eine wirkliche Abrüstung“, so ist er nichts anderes als eine Kampfansage an die Abrüstungskonferenz und heißt in aufrichtiges Deutsch übersetzt: gebt uns die Freiheit zur Aufrüstung, und wir werden euch mit unseren Abrüstungsforderungen nicht länger in den Ohren liegen. Und wer genau zuhörte, der vernahm sogar noch etwas mehr. Wir meinen jenen in den Schluß der Unterredung eingeflochtenen Wink mit dem Nationalsozialismus, der in den letzten Jahren „lawinenartig angewachsen“ sei.

Dieses Wachstum kann ja auch niemand bestreiten, aber Groener bezweckt mit diesem Hinweis eine unmißverständliche Drohung:

„Wenn es aber etwas gibt, welches noch mehr Deutsche dazu treibt, an den bisherigen politischen Methoden zu verzweifeln und die Reihen der radikalen Parteien zu verstärken, so ist es die Politik derjenigen Staaten, die seit dem Kriege Deutschland als eine Nation zweiter Klasse behandeln und ihm selbst diejenigen Rechte vorenthalten wollen, die jedes Volk von Natur in Anspruch nimmt: das Recht auf freie Entwicklung und auf Sicherheit.“

Der Kundige lächelt verständnisvoll. Er erinnert sich der Unsummen, mit denen die Schwerindustrie die Nationalsozialisten aufpäppelt hat, wie er sich weiter der Tatsache erinnert, daß die Regierenden in Deutschland nichts getan haben, um die Lüge, an der die Nationalsozialisten groß geworden sind, zu zerreißen und die Wahrheit unter das Volk zu bringen. Die Wahrheit aber ist, daß Deutschlands Generale — und dazu gehört unseres Wissens auch Groener — den Krieg bis zur völligen Erschöpfung fortgesetzt und jede Friedensgelegenheit abgewiesen haben, solange diese nicht die deutschen Generale in standsetzte, den Frieden selber zu diktieren. Die Wahrheit ist weiter, daß der Versailler Vertrag unrühmliche Vorbilder hat in jenen anderen Verträgen, die Deutschland sowohl Rußland als Rumänien aufzwang. Damals jedenfalls ist uns auch von Groener nicht bekannt geworden, daß er den „Grundsatz der Gleichberechtigung“ vertrat.

Hans Naivus aus der Bendlerstraße

Herr Groener und die französischen Pazifisten

b. J. Berlin, 26. Januar.

Der Mann an der Spitze des Reichswehrministeriums spürt gelegentlich Veranlassung, sich als einen Hans Naivus auszugeben, der er gar nicht ist. In solcher Stimmung hat er dieser Tage einem Berliner Korrespondenten des Pariser Blattes „La Volonté“ ein Interview über die mit den Begriffen Rüstung, Aufrüstung und Abrüstung in Zusammenhang stehenden Fragen gegeben.

Die Wahl des Presseorgans für das „Interview“ verblüfft den nicht, der weiß, daß „La Volonté“ ein deutsches Regierungsblatt ist wie etwa die „DAZ“ oder die Blätter des Hauses Ullstein. Bisher galt sie in diesem Rahmen wohl allerdings mehr als ein Organ des Auswärtigen Amtes denn als eins des Reichswehrministeriums; denn aus den Fonds des Stresemannschen Ministeriums stammten die Gelder, mit denen das Blatt finanziert wurde.

Man dürfte sich also eher darüber wundern, daß gelegentlich der Name des Professors Victor Basch von der französischen Liga zur

Verteidigung der Bürger- und Menschenrechte in den Spalten dieser Zeitung auftaucht, als darüber, daß diese Spalten nun für den deutschen Innenwehrminister offen sind.

Der Innenwehrminister beschimpft in diesem „Interview“ wieder einmal die „Staatsverleumder“, und nach einer Klage, daß wiederholt „deutsche Pazifisten“ Mitteilungen über heimliche Rüstungen Deutschlands an den französischen Generalstab hätten gelangen lassen — eine Behauptung, für die er jeden Beweis schuldig bleibt! —, stellte er, gewissermaßen erstaunt fest, daß an ihn noch niemals französische Pazifisten mit Mitteilungen über französische Rüstungen herangetreten wären.

Herr Groener stellt sich wahrhaftig naiver, als er wirklich ist. Das Rüstungsgeschäft ist bekanntlich international versippt, derart, daß weder der französische Generalstab daran interessiert ist, deutsche Rüstungen zu verhindern, noch das Reichswehrministerium ein Interesse daran hat, französische Rüstungen hintertrieben zu sehen. Im Gegenteil —: beide

Rüstungen geben dem jeweiligen Geschäftspartner Anlaß, über „Bedrohung“ zu klagen und unter Hinweis auf solche „Bedrohung“ weiter zu rüsten.

Französische Pazifisten, die ausgerechnet Herrn Groener Nachrichten über französische Heeresverstärkungen zuleiten würden, wären also unter allen Umständen bloß als Agenten des französischen Generalstabs zu betrachten, ebenso wie deutsche Pazifisten, die dem General Weygand entsprechende Nachrichten über Vorgänge auf deutscher Seite lieferten, als freiwillige Agenten Groeners betrachtet werden müßten.

Von solchen Feststellungen unberührt bleibt dann noch der Umstand, daß solche gedachten Mitteilungen entweder französischer Pazifisten an den deutschen oder deutscher Pazifisten an den französischen Kriegsminister keinem der beiden Interessenten etwas bieten könnten, was man als Neuigkeit oder als Nachricht bezeichnen könnte. Die Herren wissen nämlich allein viel besser, was beim „Gegner“ oder vielmehr: beim Geschäftspartner vorgeht.

Salvador bewaffnet Zivilisten

New York, 25. Januar.

Nach den letzten Meldungen aus San Salvador befürchtet die Regierung einen Angriff der Aufständischen auf die Hauptstadt. Infolgedessen ist die Bewaffnung aller Zivilisten angeordnet worden. Man nimmt an, daß ein früherer Anhänger Sandinos, Oberst Augustino Marti, die Aufständischen führt. Marti wurde im vorigen Jahr aus dem Gefängnis entlassen.

Soweit sich bisher feststellen ließ, sind zahlreiche Plantagen bei den Kämpfen mit den Aufständischen zerstört worden, darunter auch Besitzungen von Ausländern. Bei einem Zusammenstoß in Juyua wurde ein italienischer Staatsangehöriger getötet. Die Gesamtverluste sind unbekannt. Präsident General Martinez erklärte, daß die Regierung die Lage in der Hand habe.

Während die Regierung schon sofort bei Ausbruch des Aufstandes versichert hat, daß dieser niedergeschlagen und somit im Keime erstickt sei, ist aus den neuesten Meldungen zu erfahren, daß der Aufstand in weitester Ausdehnung begriffen ist. Nach den Ursachen braucht man nicht lange zu forschen: die Aufständischen, die in den Meldungen der Presseagenturen hartnäckig als „Kommunisten“ be-

zeichnet werden, sind verelendete Bauern, die sich gegen die ihnen aufgezwungene Not aufbäumen. Es handelt sich also um eine Bewegung, wie sie in Südamerika seit dem Ausbruch der Agrarkrise zu den täglichen Erscheinungen gehört, ohne bisher freilich zu einem grundsätzlichen sozialen Umschwung geführt zu haben.

Wie in allen diesen Fällen, so werden auch über die jetzige Bewegung in San Salvador die schlimmsten Greuelmeldungen verbreitet. Nach Mitteilungen der Hugenbergischen Telegraphenunion sollen bei dem Aufstand bisher 600 Menschen getötet worden sein; das Wolffsche Telegraphenbüro spricht sogar von über 1000.

San Salvador ohne Eisenbahnverkehr?

Port of Spain, 25. Januar.

Hier wird befürchtet, daß infolge des Aufstands in El Salvador die Eisenbahn Acajutla — San Salvador, die im britischen Besitz steht, gefährdet sei. Man fürchtet ebenfalls für die Kaffeeplantagen im Hafen von Acajutla, da, wie verlautet, diese Stadt der Mittelpunkt des Aufstandes sein soll.

Gehaltsabbau in Bayern

München, 25. Januar

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband teilt mit: Nach dem soeben vom Landesschlächter für Bayern gefällten Schiedsspruch werden die Gehälter für kaufmännische und technische Angestellte der bayerischen Metallindustrie um 10 Prozent gesenkt, während die Sätze für die Werkmeister einen 15prozentigen Abschlag erfahren. Der Manteltarifvertrag bleibt in der bisherigen Fassung.

Kein Einreisegesuch Trotzki's. Die Gerüchte, daß Trotzki neuerdings ein Einreisegesuch an Deutschland gerichtet habe, werden von diesem, wie Reuter aus Konstantinopel meldet, als falsch bezeichnet.

Streikbeschuß in Lodz

Lodz, 25. Januar.

Der unabhängige Verband der Straßenbahnarbeiter, der 1200 Mitglieder zählt, hat den Streik beschlossen. Wegen eines neuen Abkommens ist ein Konflikt zwischen 2000 Arbeitern kleiner Trikotagefabriken und ihren Arbeitgebern ausgebrochen.

Auch ein Opfer der Krise. Der Kontrollausschuß des Völkerbundes hat im Hinblick auf die allgemeine Weltwirtschaftskrise beschlossen, den Bau des neuen Völkerbundpalastes vorläufig nicht weiterzuführen. Lediglich die bereits begonnenen Arbeiten für die Bibliothek und das Völkerbundssekretariat sollen beendet werden.

Eine proletarische Mutter

In dem jugoslavischen Städtchen Groß-Betschkerek passierte folgender Fall:

Eine 19jährige Witwe hatte um Unterstützung für sich und ihre neun Kinder gebeten. Im ersten Augenblick hielt man die Angelegenheit für einen Witz, dann aber stellte sich folgender Sachverhalt heraus: Mit 14 Jahren hatte die Frau bereits geheiratet und ein Jahr später Drillinge zur Welt gebracht, mit 16 Jahren brachte der Klapperstorch nochmals Drillinge, mit 17 Jahren Zwillinge und mit 18 Jahren endlich ein weiteres Kind. Kurze Zeit darauf starb ihr Mann. Man hat jetzt eine „allgemeine Sammlung“ zur Unterstützung der Mutter eingeleitet.



Die Radioten

Wir sitzen schon am Mittag und hören die Musik, zu Hering und Kartoffeln ist das das reine Glück. Lau meckert eine Tante von Goethe und auch so, wir sitzen bis zum Abend und hören Radio.

Uns ist bei diesen Zeiten oft Herz und Magen klamm da rettet uns von Trübsal das Radioprogramm. Wir singen alle Schlager im Chor und einzeln mit, das ist für die Familie der beste Seelenkitt.

Wir lesen keine Zeitung, wir schwimmen so im Tran. Wir geh'n in keine Versammlung und stellen Radio an. Ist auch so manche Stelle im Staate mürr und faul: Wir sind die Radioten und halten selbst das Maul.

Karl Glas.

Das Reichskuratorium verschwindet

Wes Geistes Held Herr Schäfer, der Leiter des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit ist, haben wir schon wiederholt aufgezeigt. Mit großem Lamento und fast drohenden Forderungen an die Regierung hat er vor acht Monaten die Pleite seines angeblich so unpolitischen Betriebes angekündigt, und zwar mit genauer Zeitangabe: am 1. Oktober 1931 sollte er die Pforten, wenn er kein Geld bekomme. Inzwischen hat die Regierung ihm 120.000 RM. bewilligt, aber nicht ausgezahlt; er lebt immer noch. Es kamen nämlich Reserven zum Vorschein, von denen die Regierung zuvor nichts gewußt hatte.

Nun hat Herr Schäfer die Presse wieder einmal mit Totschuldungen bedacht. Am 1. April sei endgültig Schluss, wenn die Regierung sich nicht verpflichte, 600.000 RM. auf den Tisch des Hauses zu legen. Er habe Herrn Brüning schon ein zum 1. Januar befristetes Ultimatum gestellt (Hitler wird vor Konkurrenzzeit blaß werden), auf das allerdings eine Antwort „noch nicht“ erfolgt sei.

Wir wollen einmal klipp und klar unsere Meinung sagen: es wäre ein Verbrechen, heutzutage die Gelder zu bewilligen. Die Arbeiter des RKW haben nur sehr mittelbare Bedeutung für die kapitalistische Wirtschaft, sie sind völlig wertlos für das Proletariat. Daran ändern Veranstaltungen wie „Mensch und Rationalisierung“ absolut nichts. Wirklich brauchbare und wertvolle Arbeit haben allein einige Ausschüsse und sonstige arbeitende Stellen geleistet. Aber Herr Schäfer und sein Verwaltungsapparat? Die Presse verzichtet auf Kaffee, Kuchen, Schnäpse und Zigarren in der heutigen Zeit ebenso wie in guter Konjunktur. Aber besonders in der Gegenwart ist die Repräsentation des RKW eine glatte Verschwendung und Verschleuderung öffentlicher Mittel. Nicht einmal die privaten Verbände wagen es, und durchaus mit Recht, bei Pressekonferenzen die Meinung so materiell zu umnebeln, wie das Herr Schäfer tut. Wir haben uns den Besuch des Unterhaltungssteuers geschickt, weil wir von vornherein wußten, daß er doch nur von sich selbst reden würde. Das hat sich, wie wir hören, auch als durchaus richtig herausgestellt. Wenn die Regierung Mittel bereitstellt, wenn es etwa die Industrie täte — wir haben das schon als wahrscheinlich vor einiger Zeit angekündigt —, dann soll sie Herrn Schäfer das Geld ruhig hinwerfen. Nur in einem einzigen Fall können wir heute noch eine Mittelbewilligung zustimmen: wenn durch genaue Verwendungsvorschriften dem Finanzausschuß des RKW, in dem die Gewerkschaften leider nur eine rein beobachtende, aber nicht entscheidende Tätigkeit ausüben vermögen, die Mittelverteilung entzogen wird und der Verwaltungsapparat verschwindet. Wer offen ausposaunt, daß das in dritter Auflage soeben erschienene Handbuch der Rationalisierung, dessen Güte wohl vor allem auf die hoch anerkennenden Leistungen des Bearbeiters Dr. Fritz Reuter zurückzuführen ist, ausschließlich in ehrenamtlicher Arbeit zustande gekommen ist, der soll selbst den Anfang mit ehrenamtlicher Arbeit machen.

Daß das RKW imperialistische Tendenzen verfolgt, wissen unsere Leser. Herr Schäfer bestätigt es wiederum, indem er als Endziel seiner Tätigkeit die mehr oder minder starke Beeinflussung des Staates hinstellt, als des höchsten Objektes der Rationalisierung. Erst habe man sich mit der Technik befaßt, dann mit dem Menschen als Subjekt der Rationalisierung, dann kämen die Organe höherer Ordnung, und schließlich sieht sich Herr Schäfer als kleiner Musolini an der Spitze „von der Janze“, wie der Berliner es nennt. Der nächste Schritt auf diesem Wege ist eine Tagung im März über „Kostenaufbau, Kostensenkung, Preisgestaltung“, auf der man auch die Sozialpolitik behandeln will. Mit der Bemerkung, daß die Diskussionsmeldungen so reichlich flössen, daß man bereits rationalisieren müsse, hat man anscheinend jetzt schon, im Zeitpunkt der ersten Publikation der Veranstaltung, Wortmeldungen der Arbeiter- und Verbraucherschenschaft einen Riegel verschieben wollen. Noch ist hierüber aber nicht das letzte Wort gesprochen!

Gutscheine statt Geld

Zwei Bergarbeiter in Serbien erschossen
Belgrad, 26. Januar.

Der Sekretär der Arbeiterkammer, Topalowitz, hat an alle Abgeordnete und Senatoren ein Schreiben gerichtet, in dem er ihre Aufmerksamkeit auf Unruhen lenkt, die sich vor einigen Tagen in den Bergwerken von Restava ereignet hatten.

Bei den Unruhen wurden zwei Bergleute erschossen und drei schwer verletzt, während viele andere von der Gendarmerie verhaftet wurden. Von Seiten der Bergwerksdirektion wird dazu mitgeteilt, daß der Betrieb, der etwa 2000 Arbeiter beschäftigt, infolge der Wirtschaftskrise in solche Schwierigkeiten geraten sei, daß die Bezahlung der Bergleute nicht mit Geld, sondern mit Gutscheinen habe erfolgen müssen. Die Bergleute hätten jedoch die Gutscheine zurückgewiesen und die Direktion gestürzt.

Der Sekretär der Arbeiterkammer erklärt dagegen, daß die Gutscheine ausgegeben worden seien, um die Bergleute zu zwingen, ihre Lebensmittel in den Kaufläden der Direktion zu beziehen, wo sie drei bis vierfache Ueberpreise hätten bezahlen müssen.

Gemeinden in Fesseln

Die Selbstverwaltung der Gemeinden ist tot. Wo man noch etwas für sie tun könnte, wie zum Beispiel in Preußen, verpatzt man alle Gelegenheiten. Unter der Aera Grzesinski begann man mit dem Abbau der Selbständigkeit der Gemeinden, mit dem Abbau der Demokratie da, wo sie am lebendigsten, weil a. volkstümlichsten ist. In Preußen ist man sogar päpstlicher als der Papst. Brüning zum Beispiel schuf in seiner Notverordnung den Gemeinden mit unverhältnismäßig niedrigen Steuersätzen Raum, damit sie ihre steigenden Wohlfahrtskosten bei sinkenden Ueberweisungen des Reichs bewältigen könnten, ohne gleich pleite zu gehen. Es handelte sich um die Gemeinden, die unter den Landesdurchschnittssätzen mit Grund- und Gewerbesteuerzuschlägen blieben. Was tut Preußen, dem die Ausführungsbestimmungen dazu überlassen bleiben? Es macht die Angleichung der Realsteuersätze an den Landesdurchschnittssatz von der Einführung der Bürgersteuer abhängig. Diese Bürgersteuer ist von der Arbeiterschaft bekämpft worden als Negersteuer, als Schandfleck der Steuergesetzgebung. Nun, wo man einmal nur eine Bestimmung, erlassen vom tolerierten Brüning, auszuführen brauchte, ist man ohne Zwang zur Tolerierung noch rücksichtsloser als Brüning und verhindert die Durchbrechung des Systems der Negersteuer. Es ist so, als ob die Preußenregierung sich mehr für die Interessen der Hausbesitzer als für die des werktätigen Volkes interessiert.

Was den Gemeinden noch alles blühen kann, wenn die Sozialdemokratie diese Steueraktive beibehält, möge aus folgendem hervor-

gehen: Da besteht eine „Studiengesellschaft“ für den „Finanzausgleich“. Der Finanzausgleich ist das gegenwärtige System der Aufteilung der Steueraufkommen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Vorsitzender dieses Ausschusses ist der mit Hilferdings Flug aus dem Finanzministerium geschiedene Staatssekretär z. D. Lipitz. Ihm gehören folgende Mitglieder an: Oberbürgermeister Bracht-Essen, Dr. Gerecke von der Landvolkpartei, Jakob Goldschmidt von der Danatbank, Preiskommissar Goerdeler, Reichsbankpräsident Luther, Silberberg von der Schwerindustrie, Warburg aus der Bankwelt und Dr. Stolper. Dieses Gremium hat nun einen Plan für die neue Finanzgebarung aufgestellt.

Zunächst tut man sehr treuherzig „demokratisch“. Der Aufbau der Verwaltung und der Steuergebarung soll von unten nach oben erfolgen. Die Gemeinden sollen „vor die Universalität ihrer Aufgaben“ gestellt werden. Das sieht so aus, daß man ihnen die gesamte Betreuung der Arbeitslosen zuschieben will. Damit die Gemeinden aber nicht üppig werden, kommt die finanzielle Daumenschraube. „Wer die Steuern beschließt, soll sie auch bezahlen.“ Das ist der Fundamentalsatz aus dem Entwurf für das Gemeindesteuersystem. Diesem Grundsatz der Herren entspricht nur die Bürgersteuer. Sie soll das Vorbild für alle Steuern werden. Selbst die Zuschläge zur Einkommensteuer werden als harmlos abgelehnt. Eine Wohnsteuer, die 10 Prozent der Miete betragen soll, halten sie für das allerbeste Mittel, die Freude an der Selbstverwaltung zu befestigen. Die Realsteuern (Gewerbe- und Grundsteuern)

sollen abgebaut werden, Getränke- und Biersteuer sollen bleiben. Alle Ueberweisungen von Reich und Ländern fallen weg. Famos ist die Idee der „Notabgabe“ zum Unterhalt der Arbeitslosen, die sich nach der Zahl der Arbeitslosen richten soll.

Auf diese Art und Weise wird man den Gemeinden mit Arbeitermehrheiten schon die Flötentöne beibringen. Die „Vossische Zeitung“ sagt dazu: „Wer die Gelder auszugeben hat, auch an der Verantwortung für Aufbringung beteiligt sein muß, was bisher nicht der Fall war.“ Das ist purer Blödsinn. Natürlich hatten die Gemeindeparlamente schon immer die Verantwortung für ihre Etats bis zu den tolerierten Notverordnungen. Aber so ist das auch gar nicht gemeint. Der Sinn ist, daß die besitzende Klasse auch das letzte bißchen Demokratie beseitigen will. Der Geldsack ärgert sich, daß sozialistische Gemeindeverwaltungen ihn belasten und dafür die Armut entlasten. Wir haben ja alles, sagt man, wollt ihr Brot, Schule und Fürsorge — bezahlt es selbst. Für diese Demokratie danken wir, auf solche Selbstverwaltung pfeift die Arbeiterschaft. Die Namen der Kommissionsmitglieder bürgen dafür, daß ihre Vorschläge oben beachtet werden. Wenn dann durch „Notverordnung“ auch dieser Schritt auf dem Wege zur restlosen Diktatur des Geldsacks gemacht wird, wird dann auch weiter toleriert werden? Den Arbeitervertretern in den Kommunen hängt die ganze Geschichte zum Halse heraus. Sie verzichten auf eine Rolle, in der sie nur zum Ja-sagen verurteilt sind. Auch sie rufen: Schluß mit der Tolerierung.

Streikvorbereitungen im Dombrowaer Revier

TU. Kattowitz, 26. Januar.

Im Dombrowaer Industrieviertel fanden am Montag Lohnverhandlungen statt, die ergebnislos verliefen. In Belegschaftsversammlungen wurde der Generalstreik propagiert. Vereinzelt wurden schon Streikausschüsse gebildet, die nur noch auf Anweisungen der Gewerkschaften warten. Die Gewerkschaften und Vertreter der Arbeitgeber verhandeln augenblicklich im Arbeitsministerium. Die Bergarbeiterverbände haben sich mit den schlesischen Bergarbeitern solidarisch erklärt und ein gemeinsames Vorgehen beschlossen. Auf einigen Gruben des Plesser Kreises kam es am Montag zu Proteststreiks.

Tarifverlängerung der Eisenindustrie

TU. Kattowitz, 26. Januar.

Am Montag abend fällt der Schlichtungsausschuß für die ostoberschlesische Eisenindustrie sowie für die weiterverarbeitende Industrie einen Schiedsspruch, demzufolge die

jetzt geltenden Lohntarife bis 31. März 1932 verlängert werden.

Gescheiterte Tarifverhandlungen

TU. Kattowitz, 25. Januar.

Die für Montag angesetzten Verhandlungen des Schlichtungsausschusses für den Lohnstreit im ostoberschlesischen Bergbau sind nicht zustande gekommen. Die Arbeitergewerkschaften haben einmütig beschlossen, den Verhandlungen so lange fernzubleiben, bis die Bekanntmachungen der Arbeitgeber über die Kündigung und Aussperrung der Belegschaften, deren Entfernung vom Betriebsrätekongreß seinerzeit zugesagt wurde, beseitigt sind. — Was die Verhandlungen über den Schiedsspruch in der ostoberschlesischen Eisenindustrie betrifft, so kann damit gerechnet werden, daß der jetzt geltende Lohntarif bis zum 31. März verlängert wird.

Aufregung in New-York

Geraubter kapitalistischer Luxus

New York, 26. Januar.

Ein Millionenraub, bei dem Geld und Juwelen im Betrage von 400.000 Dollars, darunter Zaren- und Sultansjuwelen, geraubt wurden, erregt hier ungeheures Aufsehen. Drei Banditen verschafften sich den Zutritt zu der Wohnung des reichen Fabrikanten Harry Glemby, dessen Gattin als die bestangezogene Frau Amerikas gilt. Der Diener öffnete ihnen die Tür, Glemby saß im Bad, seine Gattin telephonierte. Einer der Verbrecher schlug den Diener durch einen Fausthieb nieder und fesselte ihn. Die Frau ließ vor Schreck den Hörer fallen, worauf auch sie sowie ihr hinzueilender Mann gefesselt wurden. Auch die Tochter des Dieners erlitt das gleiche Schicksal. Außer dem Hausherrn wußte nur das Dienstmädchen die Schloßkombination des Safes. Sie wurde gezwungen, den Safe zu öffnen. Die Banditen stopften sich das Geld und die Juwelen in die Taschen und verschwanden, bevor die Polizei am Tatort eingetroffen war. Die Polizei war von der Dame alarmiert worden, mit der Frau Glemby telephonierte hatte, denn sie hatte vor dem plötzlichen Abbruch des Gesprächs einen kurzen Aufschrei vernommen und hatte, nichts Gutes ahnend, die Polizei verständigt. 30 Detektive erschienen eiligst in dem Hause, aber wenige Minuten zuvor waren die Banditen geflüchtet. Unter den geraubten Juwelen befindet sich eine Smaragdhalbkette, eine juwelenbesetzte Zigarettendose aus dem Besitze des letzten Zaren und Rubine, Smaragde und Diamanten aus dem Besitze türkischer Sultane. Der Polizeichef von New York hat persönlich die Leitung der Nachforschungen übernommen.

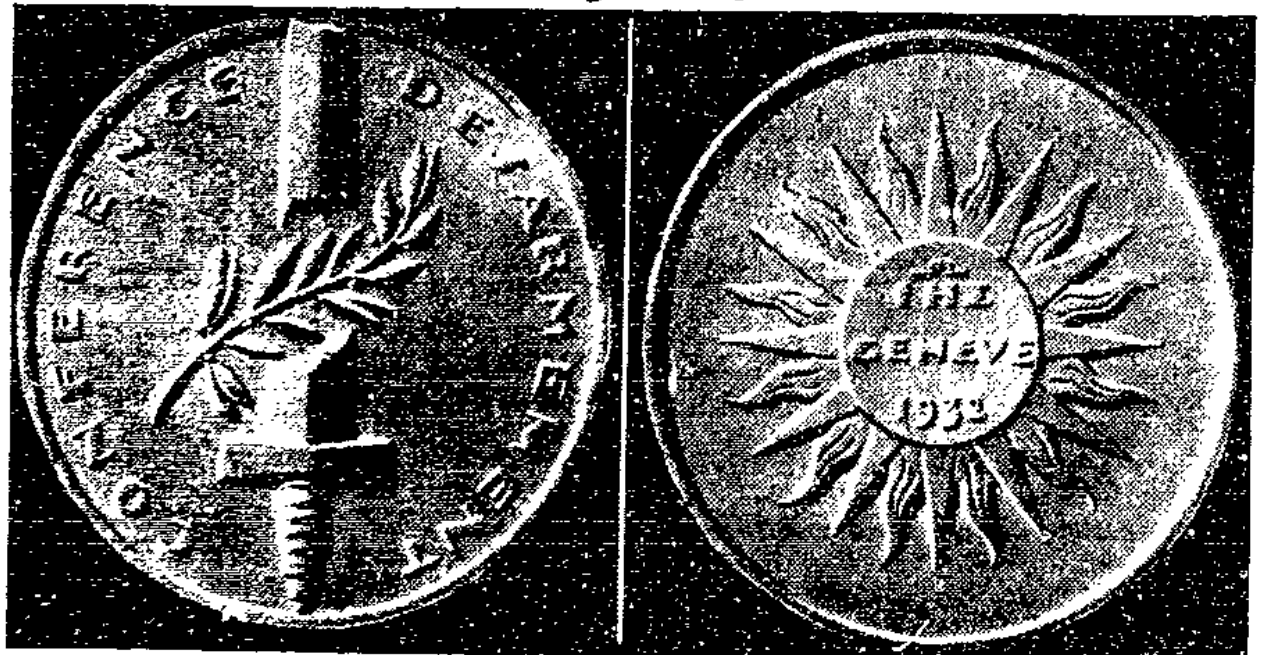
Ins Gefängnis! Das Schöffengericht Westerland auf Sylt verhandelte über die politischen Zusammenstöße, die sich am 1. Oktober 1931 zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten ereignet hatten. Wegen Landfriedensbruchs und schweren Hausfriedensbruchs wurden sechs Kommunisten zu Gefängnisstrafen von zwei Wochen bis zu sechs Monaten verurteilt.

Neue japanische Truppensendungen

Tokio, 26. Januar.

Im japanischen Kabinettsrat erstatteten der Außenminister Joschisawa und der Kriegsmminister Araki Berichte über die Lage in China und der Mandschurei. Der Kriegsmminister erklärte, daß die militärische Aktion in Schanghai notwendig war, da alle diplomatischen Mittel in China keine Wirkung gehabt hätten. Die Regierung billigte die Politik Joschisawas und Arakis und genehmigte weitere Truppensendungen in die Mandschurei.

Abrüstungs-Symbolik



Das positivste Ergebnis der Genfer Abrüstungskonferenz liegt bereits vor ihrer Zusammenkunft vor: eine Erinnerungsplakette des Bildhauers Sarki, die jedem Konferenzteilnehmer ausgehändigt werden soll.

Die Plakette ist von einer reizend naiven Symbolik: ein Schwert, das von einem friedlich aussehendem Oelzweig schamvoll getarnt wird.

Das scheint uns auch der Zweck der Konferenz zu sein.